

geraten. Eure Existenz als freie Bauern ist gesichert. Die Bauern haben die Gewißheit, daß die demokratischen Gesetze ihr Eigentum schützen.“

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland, die deutsche demokratische Regierung sichert und schützt das bäuerliche Eigentum. Das ist für alle demokratischen Kräfte unserer Republik ein unabänderliches Gesetz. Wir werden mit rücksichtsloser Strenge gegen jeden vorgehen, der es wagt, diese demokratische Ordnung anzutasten, oder versucht, unsere demokratische Gesetzgebung zu umgehen.

Ich glaube, liebe Bauern, das ist klar und eindeutig genug.

Wir werden auch mit aller Strenge gegen solche Versuche vorgehen, mit bürokratischen Maßnahmen Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den Bauern zu erwecken, wie das zum Beispiel mit der plötzlichen Eintreibung von rückständigen Sozialversicherungsbeiträgen oder der Beschlagnahme von Geldern für abgelieferte Waren zugunsten ausstehender Bankschulden geschieht. Selbstverständlich müssen die Bauern ihre Verpflichtungen erfüllen, aber wo sie damit im Rückstande sind, sollen sie durch vernünftige Maßnahmen zur Erfüllung angehalten werden.

Gegenüber der tatsächlichen Verbesserung der Lage und der Sicherung der Existenz unserer Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik sieht es damit im Westen unseres Vaterlandes unter dem Regime der imperialistischen Besatzungsmächte und der Bonner Marionettenregierung sehr schlecht aus. Um so mehr bemühen sich diese Kreise, durch Verleumdungen und Lügen über die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und über eine angebliche Gefahr aus dem Osten die Bauern im Westen von den Auswirkungen der sogenannten freien amerikanischen Wirtschaftsweise und den Ursachen ihres wirtschaftlichen Niederganges abzulenken.

Ich brauche nicht viele Tatsachen anzuführen. Es genügt zum Beispiel, folgendes festzustellen:

Der sogenannte Bundesminister Dr. Wilhelm Niklas schrieb am 10. Juni 1950 in der von den Amerikanern herausgegebenen „Neuen Zeitung“:

„Der deutsche Bauer befindet sich in einem furchtbaren Gewissenskonflikt. Er sieht die Gefahr, die aus dem Osten droht... Aber er sieht zugleich, wie die Liberalisierung den deutschen Markt mit ausländischen Gütern überflutet, die Absatzmöglichkeiten für seine eigenen Erzeugnisse einengt und damit an seiner Existenzgrundlage rüttelt.“

Seht, liebe Bauern, das muß dieser sogenannte Minister selbst zugeben. Was bedeutet es, wenn er davon spricht, die sogenannte Liberalisierung rüttelt an der Existenzgrundlage der bäuerlichen Wirtschaft?

Das bedeutet, daß aus Frankreich in diesem Jahr für vier Millionen Dollar Gemüse nach Westdeutschland eingeführt und gleichzeitig in Westdeutschland die Gemüseanbaufläche um 32 Prozent eingeschränkt wurde.

Ein weiteres Beispiel: Die westdeutsche Konservenindustrie sitzt auf 44 Millionen Kilogramm Gemüsekonserven und hat keine Absatzmöglichkeiten. Die Gemüsebauern haben eine Wechselschuld von 17 Millionen Mark. Aber ungeachtet dessen werden laufend Millionenbeträge für die Einfuhr ausländischer Konserven durch den Marshallplan zur Verfügung gestellt. Und der sogenannte Bundeskanzler Dr. Adenauer prägte das zynische Wort:

„Wir müssen schon in den sauren Apfel beißen und unsere Landwirtschaft dem Marshallplan opfern.“

Diese Beispiele, liebe Bauern, zeigen, in welcher verhängnisvollen Lage sich eure Berufskollegen in Westdeutschland befinden. Die sogenannte amerikanische Wirtschaftsweise brachte zwar volle Läden, aber wachsende Arbeitslosigkeit. Sie brachte für die Arbeiterschaft weniger Lohn, diese kann weniger kaufen, und das Nachsehen haben die Bauern. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit folgende Schlußfolgerung:

Nur eine Wirtschaftspolitik, die den Arbeitern den Arbeitsplatz und einen anständigen Lohn gewährleistet, sichert auch die Lebensexistenz der schaffenden Bauern.

Nur eine Wirtschaftspolitik, die sich nicht zum Ziele setzt, werktätige Menschen auszuplündern, sondern allein der Aufgabe dient, den Wohlstand des Volkes zu heben, macht die Menschen frei von der Furcht vor Arbeitslosigkeit und Krisen.

Nur eine Wirtschaftspolitik, die planvoll gestaltet wird, den Bedürfnissen von Landwirtschaft und Industrie Rechnung trägt, schafft die Voraussetzungen einer festen Gemeinschaft zwischen Stadt und Land.

Wir können mit vollem Recht sagen, daß die Ergebnisse des Zweijahrplans die Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik bestätigen. Denn mit dem Zweijahrplan entfaltete sich unsere landwirtschaftliche und industrielle Produktion, so daß unsere Regierung die Möglichkeit bekam, den Bauern mehr Industriewaren, den Arbeitern mehr Lebensmittel zu geben. Unser Fünfjahrplan wird mit Recht ein Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur genannt, denn er gibt uns die Möglichkeit, den Lebensstandard unseres Volkes in Stadt und Land und seine Kultur auf eine Höhe zu heben, wie er in Deutschland bisher undenkbar war.

Nur im Frieden kann der Bauer leben

Wir sind dabei, die Schäden des zweiten Weltkrieges zu überwinden. Wir sind dabei, wieder alle unsere Felder zu bestellen. In den Dörfern verschwinden die Ruinen, und neue Häuser entstehen. Unsere schwer zerstörten Städte gewinnen immer mehr ein friedliches Angesicht und werden im Zuge des Fünfjahrplans schöner werden denn je zuvor.

Zur gleichen Zeit wird von den Westmächten ein neuer Krieg vorbereitet, der unsere mühselige Aufbauarbeit zu vernichten droht. Die Tränen der Millionen Frauen und Mütter über den Verlust ihrer Lieben sind noch nicht getrocknet, und schon wieder müssen Frauen um ihre Männer bangen, Mütter zittern, daß ihnen ein neuer Krieg ihr Liebstes, ihre Kinder, nimmt.

In der Deutschen Demokratischen Republik finden jetzt in allen Orten und Betrieben Veranstaltungen statt, auf denen die Mitglieder der Regierung, die verantwortlichen Funktionäre der Parteien und Organisationen vor den Wählern Rechenschaft ablegen über die Arbeit unserer Regierung und ihnen aufzeigen, wie wir weiter vorwärtsschreiten wollen auf dem Weg des friedlichen Aufbaus.

Zur gleichen Zeit diskutiert die westdeutsche Marionettenregierung über die Aufstellung von 10, 20 oder 30 Söldnerdivisionen. Die Pläne dazu werden von den Hitlergeneralen Schwerin, Halder, Guderian, Manteuffel und anderen ausgearbeitet, die unser Volk schon einmal in das Chaos des Krieges geführt haben.

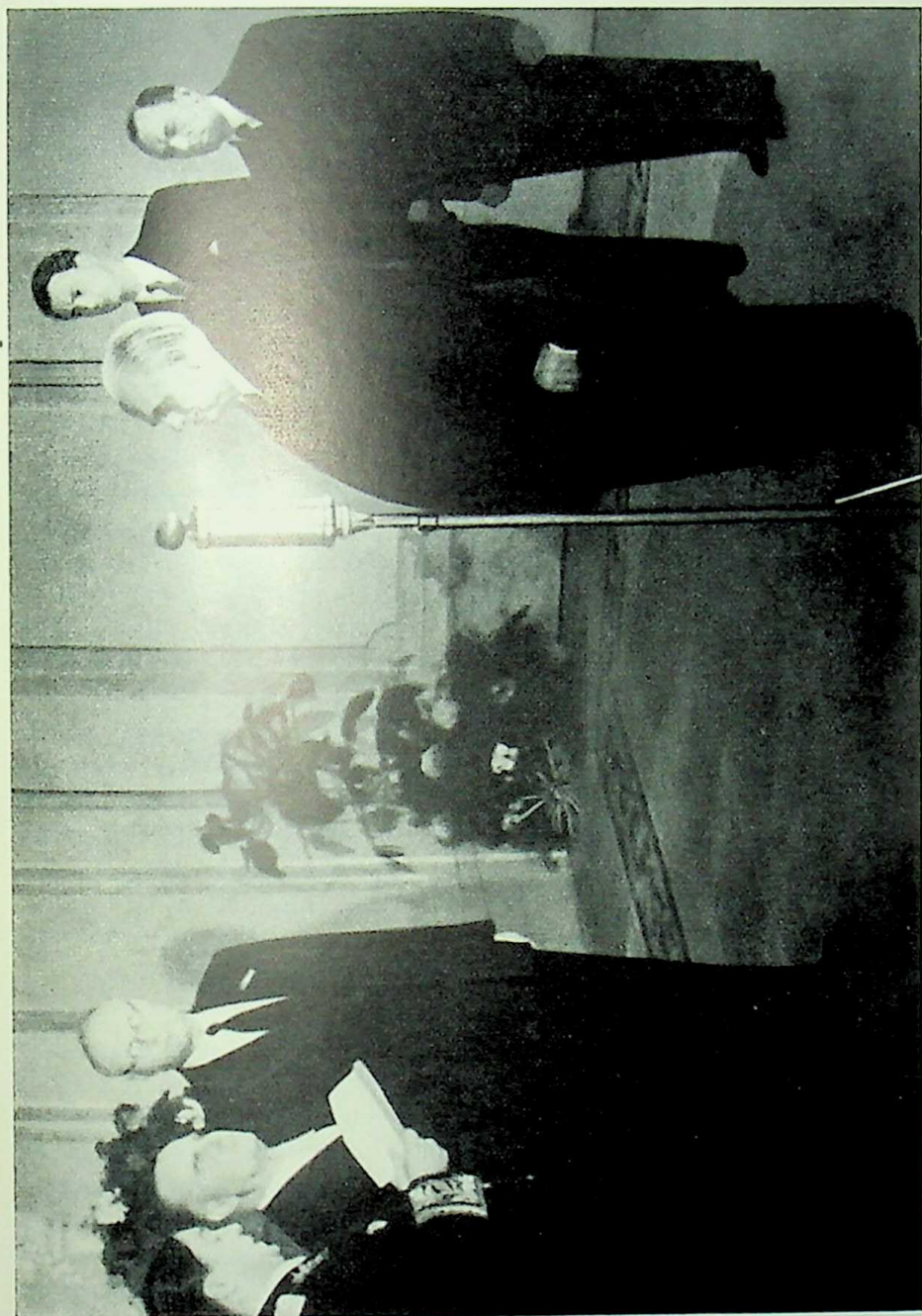
Das alles geschieht im Westen unserer Heimat, obwohl auch dort die Menschen — Arbeiter und Bauern, Frauen und Jugendliche — in fast einmütiger Auffassung jede Remilitarisierung Westdeutschlands ablehnen. Wer ist es also, der für die Remilitarisierung, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, die Aufstellung von Dutzenden Söldnerdivisionen, für einen Krieg Propaganda macht? Es sind die Leute, die uns 1914 und 1939 in den Krieg gehetzt haben. Es sind die großen Konzernherren, die Bankiers, die Großgrundbesitzer in Westdeutschland. Mit einem Wort, es ist die kleine Gruppe von Menschen, die am Kriege Milliarden verdienten, während das Volk verblutete.

Die amerikanischen Kriegstreiber denken nur an ihren Gewinn und immer nur an ihren Gewinn. Das Massensterben der Völker stört sie nicht. Denken wir nur an die Zerstörung deutscher Städte wie Dresden, Chemnitz, Plauen, Berlin durch amerikanisch-englische Bombenflugzeuge, als der Krieg gegen Hitler bereits längst entschieden war. Denken wir daran, daß sie jetzt in Korea Tag und Nacht ihre Bombenlasten auf friedliche Dörfer und Städte abwerfen. Denken wir daran, daß sie bereits Maßnahmen getroffen haben, um nötigenfalls das ganze Rheingebiet unter Wasser zu setzen, obwohl dabei unermeßlicher Schaden an Hab und Gut entstehen und Zehntausende Menschen ums Leben kommen würden.

Das sind die Pläne der amerikanischen Kriegstreiber und ihrer deutschen Trabanten. Aber was die Kriegsprovokateure wollen, ist eine Sache; etwas anderes ist es, was sie können.

Sie, die amerikanischen Generale, haben es sich gewiß nicht träumen lassen, daß ihnen das koreanische Volk eine Niederlage nach der anderen bereitet. Die koreanischen Arbeiter und Bauern kämpfen vereint für das gleiche, gemeinsame, nationale Ziel: Korea den Koreanern!

Der Heldenkampf des koreanischen Volkes lehrt uns, was ein



Emfang des Diplomatischen Korps durch den Staatspräsidenten Wilhelm Pieck anlässlich des 1. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1950

Volk vermag, wenn es erkannt hat, daß es nur in Frieden leben kann, wenn es national geeint ist, ohne vom raubgierigen Imperialismus unterdrückt zu werden.

Aber der Krieg in Korea lehrt uns auch, daß der amerikanische Imperialismus vor keiner Gewalttat zurückschreckt und deshalb die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, um den Krieg zu verhindern. Alle Maßnahmen der imperialistischen Besatzungsmächte weisen darauf hin, daß sie Westdeutschland zu einem Aufmarschgebiet gegen die sozialistische Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder und gegen die Deutsche Demokratische Republik machen wollen.

Aber auch hier werden die amerikanischen Kriegstreiber die Rechnung ohne das deutsche Volk machen. Die Erinnerung an den letzten Krieg ist noch viel zu wach, als daß nicht unser ganzes Volk weiß, daß Krieg Verderben bringt, daß nur im Frieden das Volk leben kann. Es ist deshalb unsere Aufgabe, alle Kräfte anzuspannen, damit alle Deutschen, im Osten und im Westen, alle Menschen, die den Frieden wollen, sich vereinigen in der großen Nationalen Front des demokratischen Deutschland und unter der Losung kämpfen: Deutschland den Deutschen!

Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik bewiesen, daß es möglich ist, aus eigener Kraft, ohne Dollarverschuldung, die Wirtschaft in Stadt und Land in Gang zu setzen. Mit den Kräften der Bauern, der Arbeiter und der technischen Intelligenz bauen wir ein einheitliches, demokratisches, friedliches Deutschland auf.

Der 15. Oktober — Wahlsieg des Volkes

So rüsten wir uns in der Deutschen Demokratischen Republik auch zu einer großen demokratischen Aktion, zu der Wahl aller Parlamente, der Volkskammer, der Landtage, Kreistage und Gemeindevertretungen am 15. Oktober.

Diesen Kampf für die Einheit unserer Nation, für einen gerechten Friedensvertrag, für den Abzug der Besatzungstruppen führt das deutsche Volk in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die demokratischen Parteien und Organisa-

tionen in unserer Republik haben seit mehr als fünf Jahren einen großen Weg gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Kampfes zurückgelegt. Sie tragen auch gemeinsam die Verantwortung für alle entscheidenden Verordnungen und Gesetze in unserer Republik. In immer steigendem Maße wächst die Erkenntnis, daß diese Politik der Zusammenarbeit im Interesse aller schaffenden Menschen unseres Volkes liegt. In dieser Einheit liegt die Kraft unseres Volkes.

Die Parteien und Organisationen, zusammengeschlossen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, haben zur Wahl am 15. Oktober 1950 nicht nur ein gemeinsames Wahlprogramm ausgearbeitet, sondern stellen auch gemeinsame Kandidatenlisten zur Wahl.

Das ist etwas Neues für Deutschland. Aber wir haben manches andere Neue in den letzten fünf Jahren geschaffen. Die Bodenreform war auch etwas Neues. Auch die Schaffung von volkseigenen Betrieben nach der Enteignung der Kriegsgewinnler und Naziaktivisten war etwas Neues. Und auch die Schulreform mit der Möglichkeit, daß jeder junge Mensch entsprechend seinen Fähigkeiten und Kenntnissen an die Universität gehen kann, ist etwas Neues in Deutschland. Das hat alles sehr viel Gutes für unser Volk gebracht.

Auch das Neue in unserer demokratischen Ordnung, die Wahlen am 15. Oktober, wird uns im Gegensatz zu dem Westen einen großen Vorsprung bringen.

Zu den alten Methoden gehörte die gegenseitige Verhetzung der Wähler. Die Arbeiter wurden gegen die Bauern, die Bauern gegen die Arbeiter aufgehetzt, die Katholiken gegen die Protestanten, die Jugend gegen die Alten, Handwerker gegen Fabrikanten, eine Berufsschicht gegen die andere ausgespielt. So gab es 37 Parteien oder mehr, und das Ende waren der Faschismus und der Krieg.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese alte Methode falsch war, daß sie zum Verderben unseres Volkes führte, daß die Gewinner allein eine Handvoll Kriegsverbrecher waren. Unser Volk handelt richtig, wenn es die Fragen seines Lebens und seiner Zukunft gemeinsam entscheidet. Die aufgestellten Kandidaten werden ihren Wählern in den Städten und Dörfern und

in den Betrieben Auskunft geben, wer sie sind und was sie für das Volk zu tun gedenken. Das ist demokratisch. Die Wähler haben das Recht, Kandidaten abzulehnen, zu denen sie kein Vertrauen haben. So wird den Wahlen ein wirklich allumfassender demokratischer Charakter gegeben.

Unser ganzes Volk ist aufgerufen, sich am 15. Oktober zu dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu bekennen und für die gemeinsamen Listen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu stimmen. Das wird ein Bekenntnis sein für den Frieden, für die Einheit unserer Nation und für die Freundschaft mit allen Völkern, die unseren Kampf für den Frieden und die Einheit unterstützen.

Für Frieden und Freundschaft!

Wir können mit großer Freude feststellen, daß in den fünf Jahren der demokratischen Entwicklung unserer Republik sich die Meinung der friedliebenden Welt zugunsten Deutschlands geändert hat. Die friedliebenden Menschen wissen, daß in Deutschland der Wille zum Frieden und zur Freundschaft mit den Völkern wächst. Unsere demokratische, friedliche Aufbauarbeit hat die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder von der Ehrlichkeit unseres Friedenswillens überzeugt. Sie haben mit unserer Republik diplomatische Beziehungen hergestellt und sehr wichtige Handelsabkommen abgeschlossen, die uns den Aufbau unserer Wirtschaft erleichtern. Auch haben wir mit dem polnischen Volk ein Abkommen über die Regulierung der Oder-Neiße-Grenze getroffen. Sie wurde zu einer Friedensgrenze, so daß niemals mehr die alte Feindschaft zwischen den beiden Völkern aufleben wird. Wir werden nicht zulassen, daß die vom Westen her betriebene Hetze unsere friedlichen Beziehungen zum polnischen Volk stören wird. Wir sagen das auch mit aller Eindeutigkeit allen ehemaligen Umsiedlern, die im Westen Deutschlands durch eine schändliche Behandlung in die Verzweiflung getrieben werden, um sie für einen neuen Krieg gegen den Osten mißbrauchen zu können. Wir dagegen leisten den ehemaligen Umsiedlern jede erdenkliche Hilfe, um ihnen eine

gesicherte Existenz und ein besseres Leben zu verschaffen. In dem Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler sind dafür entsprechende Maßnahmen enthalten. Wir rufen aber auch unsere Bevölkerung in Stadt und Land auf, die ehemaligen Umsiedler als gleichberechtigte Staatsbürger zu behandeln und ihnen beim Aufbau ihrer Existenz zu helfen.

Zur Eröffnung der Ausstellung

Und nun, liebe Freunde, Männer, Frauen und Jugend in der Landwirtschaft, verehrte Anwesende, möchte ich euch zu der großen Arbeit eurer Berufsorganisation gratulieren, die hier eine landwirtschaftliche Ausstellung organisiert hat. Zeigt die Ausstellung doch, was die Berufskollegen aus eigener Kraft bereits geschaffen haben und zu welchen großen Leistungen die deutschen Bauern fähig sind, wenn sie in Frieden arbeiten können. Ich möchte euch im Zusammenhang mit dieser Ausstellung besonders auf eine Tatsache hinweisen. Seit Jahrhunderten wird den schaffenden Bauern eingeredet, man muß den Boden so bestellen, wie das immer üblich war, und solle keine neuen Methoden anwenden. Es wird doch aber niemand auf die verrückte Idee kommen, daß der Bauer immer laufen muß, wenn er die Möglichkeit hat, zu fahren. Es gibt aber Menschen, die längst erprobte wissenschaftliche Methoden zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion ablehnen, weil sie angeblich auf den Feldern unserer deutschen Bauern nicht anwendbar seien.

Liebe Bauern! Laßt euch nicht beirren. Schaut euch die Ausstellung gründlich an und macht eure eigenen Erfahrungen, versucht aus den Erfahrungen anderer zu lernen. Der Fleiß der deutschen Bauern ist bekannt in der ganzen Welt. Ich bin überzeugt, daß unsere deutschen Bauern auch lernen werden, die Wissenschaft für sich auszunutzen. Denn die wissenschaftlichen Erkenntnisse richtig anwenden heißt leichter arbeiten, größere Erträge ernten, besser leben in Stadt und Land.

Im Sinne dieser großen Aufgaben, an deren Erfüllung wir gemeinsam arbeiten und mit denen wir die Einheit unseres Vaterlandes, unsere nationale Unabhängigkeit herbeiführen und den

Frieden in der Welt sichern helfen, eröffne ich hiermit die erste landwirtschaftliche Ausstellung der Deutschen Demokratischen Republik und gleichzeitig die erste Deutsche Gartenbauausstellung. Mögen auch sie dazu beitragen, das große Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern weiter zu festigen und die bäuerliche Bevölkerung im Kampf um den Frieden und den wirtschaftlichen Aufstieg zu stärken.

So rufe ich euch, liebe Bauern, zum Schluß zu: Schützt euren Acker, schützt euer Haus, schützt eure Familie, indem ihr gegen die Kriegstreiber kämpft, indem ihr in jedem Ort, in jedem Dorf eine Gemeinschaft der friedliebenden Menschen, eine Gemeinschaft aller Werktätigen schafft, die sich zum Ziel setzt, unserem Land den Frieden zu erhalten und die Menschen in ganz Deutschland zu vereinigen.

Ich rufe euch zu:

Helft mit an dem gemeinsamen Werk des Fünfjahrplans! Er wird Stadt und Land noch mehr zusammenbringen, er wird das bestehende Band zwischen Arbeitern und Bauern noch mehr festigen und sie zu einer politischen, moralischen Einheit unseres Volkes gestalten!

Ich rufe euch zu:

Macht die Bahn frei für unsere Jugend! Unsere Jugend will arbeiten, will lernen, nicht für den Krieg, sondern für den Frieden! Aber ein guter Friedenskämpfer kann man nur sein, wenn man sein Handwerk versteht, sei es in der Stadt, sei es in der Bauernwirtschaft, in der Genossenschaft oder auf der MAS!

Ich rufe euch zu:

Wählt am 15. Oktober die gemeinsamen Listen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, damit aus dieser Wahl eine unbesiegbare Front des Friedens, der Einheit und der Freundschaft mit der friedliebenden Welt hervorgeht!

*„Pressedienst der SED“,
15. September 1950.*

Handschriften zur Eröffnung der Hochschule für Planökonomie

anlässlich ihrer feierlichen Eröffnung

Die Planung des ökonomischen, sozialen und kulturellen Fortschrittes ist das entscheidende Werkzeug zur Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Deshalb muß jede Handlung auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens von dem Grundgedanken der planmäßigen Entfaltung der schöpferischen Kräfte unseres Volkes getragen sein. Die Eröffnung der Hochschule für Planökonomie ist hierbei ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege der Heranbildung neuer leitender Kader für unsere Wirtschaftsplanung. Damit erhält die Gründung dieses Lehr- und Forschungsinstituts eine besondere Bedeutung für die Erreichung einer neuen, höheren Stufe in der Planungsarbeit im Rahmen des Fünfjahrplans für Frieden, Einheit und Wohlstand.

Die Hochschule für Planökonomie wird die ihr gestellten Aufgaben erfolgreich lösen, wenn sie eine enge Verbindung der Wissenschaft mit dem praktischen Leben herstellt. Die beste Voraussetzung dafür ist die Tatsache, daß die Studenten dieser Hochschule aus den Reihen des werktätigen Volkes hervorgegangen sind. Es gilt aber sowohl für die Studenten als auch für die Mitglieder des Lehrkörpers, diese Verbindung zu den Werktätigen auch in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit niemals zu verlieren. Insbesondere muß die Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern ständig dadurch gefestigt werden, daß die praktischen Erfahrungen in den volkseigenen Betrieben, volkseigenen Gütern, Maschinenausleihstationen und in unserer demokratischen Staats- und Wirtschaftsverwaltung und von allen Angehörigen der Hochschule zur Grundlage ihrer theoretischen Arbeit gemacht werden. Andererseits soll die theoretische Auswertung dieser Erfahrungen den Arbeitern und Angestellten neue Anregungen für die weitere Verbesserung ihrer Arbeit geben.

Um die Grundsätze der Planung erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse den Studenten und allen Werktätigen vermitteln zu können, ist es notwendig, daß sich die neugegründete Hochschule in ihrer Arbeit ganz besonders auf die Erfahrungen stützt, die die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Entwicklung der sozialistischen Planordnung gesammelt und theoretisch verallgemeinert hat. Ebenso gilt es die Methoden und Praxis der Planwirtschaft in den volksdemokratischen Ländern zu studieren und für unseren Aufbau auszuwerten.

Die Lehre und Forschung auf den Gebieten der Wirtschaftsplanung muß deshalb aufbauen auf der Grundlage der einzig wahren Wissenschaft von der gesellschaftlichen Entwicklung, auf der Grundlage der Wissenschaft der Arbeiterklasse, des Marxismus-Leninismus.

Die Studenten, Assistenten, Dozenten und Professoren, die sich in ihrer Arbeit ständig von diesen Grundsätzen leiten lassen, werden durch die Verbesserung unserer Planung in Theorie und Praxis entscheidend dazu beitragen, unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen. Sie leisten damit eine wertvolle Hilfe für die Stärkung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und erfüllen eine wichtige Aufgabe im Kampf um die Sicherung des Weltfriedens.

In diesem Sinne wünsche ich der neuen Hochschule für Planökonomie viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
5. Oktober 1950.*

Zur Oder-Neiße-Grenze

Aus einer Rede in seiner Geburtsstadt Guben am 5. Oktober 1950

Im Laufe des Fünfjahrplans werden wir rund eine Million Menschen neu in die Betriebe bringen. Es werden neue große Betriebe entstehen. Ich erinnere nur an das geplante Hüttenkombinat Ost hier in der unmittelbaren Umgebung der Stadt Guben.

Ich bin überzeugt, daß mit diesem Kombinat zwei eurer drückendsten Sorgen verschwinden. Das eine ist die Frage der Unterbringung aller vorhandenen Arbeitskräfte, und das andere ist die leidige Wohnungsfrage. Im Hüttenkombinat Ost werden Arbeiterinnen und Arbeiter fast aller Berufe gebraucht. Gleichzeitig bauen wir dort 1500 Wohnungen. Gewiß werden wir nicht alle Hutmacher bei der Produktion von Stahl gebrauchen, aber ich bin überzeugt, daß mancher Hutmacher es vorziehen wird, in der Stahlindustrie zu arbeiten. Denn Stahl, das sind Maschinen, das ist landwirtschaftliches Gerät, das ist Brot.

Das Hüttenkombinat Ost wird auch in anderer Beziehung von großer Bedeutung für unsere Republik sein. Es ist das die Frage unseres Verhältnisses zur Volksrepublik Polen. Ich weiß, liebe Gubener Landsleute, daß euch die jetzige polnische Seite von Guben immer noch in schmerzlicher Erinnerung ist. Ihr wißt ja, daß auch ich da drüben geboren bin, da drüben meine Kindheit, meine Schuljahre und meine Lehrjahre verbrachte. Man kann von einem Menschen nicht verlangen, daß er vergessen soll, wo einst sein Heimathaus stand, wo er glückliche Jahre seines Lebens verbrachte. Nur scheint mir, daß viele unserer Landsleute vergessen, warum sie ihre Heimat aufgeben mußten. Hier ist keiner unter uns, der nicht weiß, daß das polnische Volk zweimal in diesem Jahrhundert, ich spreche schon gar nicht von der ferneren Vergangenheit, von Deutschland angegriffen wurde. Hier sind sicherlich auch Menschen unter uns, die wissen, wie man die polnischen Männer, Frauen und Kinder während der Zeit der deutschen Besetzung behandelt hat.

Denkt immer daran, daß Polen mehr als ein Viertel seiner Bevölkerung durch den Krieg verlor, das heißt, genau gesagt, durch den Massenmord in Auschwitz und Lublin.

Die alliierten Staatsmänner waren in Jalta, noch während des Krieges, einstimmig der Auffassung, daß man dem polnischen Volk die Sicherheit verschaffen muß, nicht noch einmal von Deutschland angegriffen zu werden. Dazu gehörte die Aussiedlung aller Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße wie aus der Tschechoslowakei und anderen Ländern. Dazu gehörte ferner die Festlegung der Oder-Neiße als Grenze zwischen Deutschland und Polen. Nun wird behauptet, daß die Oder-Neiße nur als vorläufige Grenze bis zum Abschluß eines Friedensvertrages gelten soll. Dazu sind zwei Dinge zu sagen.

Erstens: Es ist doch jedermann klar, daß man nicht Millionen Menschen aus einem Land aussiedelt, sie auf ganz Deutschland verteilt, um sie dann nach einiger Zeit wieder zurückzuholen. Warum die Aussiedlung? Was soll der Sinn dieser Aussiedlung gewesen sein? Die alliierten Staatsmänner wußten auch, daß in diesen Gebieten, wo früher Deutsche wohnten, Polen angesiedelt werden, und zwar Polen aus solchen Gebieten, die 1920 von der faschistischen polnischen Regierung widerrechtlich durch die Unterstützung französischer Waffen der Ukraine und Weißrußland entrissen wurden. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß Churchill genauso wie Roosevelt in Jalta 1944 wußten: die Aussiedlung ist keine vorläufige, sondern eine endgültige.

Zweitens: Es wird gesagt, daß die endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen durch einen Friedensvertrag geregelt werden soll. Wer pocht heute so sehr darauf, daß man die Grenze zwischen Polen und Deutschland durch den Friedensvertrag regeln soll? Das sind dieselben Leute, die Deutschland einen Friedensvertrag verweigern, nämlich die anglo-amerikanischen Imperialisten. Sie haben doch erst jetzt ausdrücklich erklärt, daß sie den Kriegszustand mit Deutschland beenden, aber keinen Friedensvertrag abschließen werden. Denn ein Friedensvertrag müßte automatisch die Aufhebung der Besetzung bedeuten. Sie wollen aber auf die Besetzung nicht verzichten und damit den Abschluß eines Friedensvertrages auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

So also ist völlig klar, daß ihr Geschrei, die Grenze zwischen

Polen und Deutschland muß durch einen Friedensvertrag geregelt werden, pure Heuchelei ist. Sie dient ausschließlich dem Zweck, bei den sogenannten Umsiedlern die Illusion zu erwecken, als kehrten sie eines Tages nach dem alten Wohnsitz zurück. Mit dieser falschen, trügerischen, verlogenen Hoffnung bemänteln sie die gemeine Politik, die in Westdeutschland gegen die Umsiedler betrieben wird. Wir gaben den Umsiedlern Land der Junker. Im Westen ist nichts dergleichen geschehen. Wir reihten die Umsiedler in den Produktionsprozeß ein. In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit unter den Umsiedlern doppelt so groß wie unter den anderen Staatsbürgern. Wir gaben den Umsiedlern nach besten Möglichkeiten Wohnraum. Wir wissen, daß noch viel mehr Hilfe notwendig ist. Aber in Westdeutschland hausen nach wie vor Zehntausende Familien in Baracken. Wir geben den Umsiedlern Hilfe in der verschiedensten Weise. Ich sprach schon davon, was neuerdings durch Beschluß der Regierung an Hilfe geleistet werden soll. In Westdeutschland läßt man die Umsiedler verkommen. Sie fühlen sich als Entrechtete. Wir geben den Umsiedlern die volle Gleichberechtigung und bekämpfen jeden Versuch, die Umsiedler als nicht gleichberechtigte Staatsbürger zu betrachten. Umsiedler sind bei uns in der Regierung, sind Oberbürgermeister und Bürgermeister, sind Direktoren unserer volkseigenen Betriebe, sind in allen Zweigen unserer Wirtschaft und Verwaltung entsprechend ihren Fähigkeiten eingebaut.

Die Jugend unserer Umsiedler ist ebenfalls völlig gleichberechtigt, und wir gestatten nicht, daß sie in irgendeiner Weise benachteiligt wird.

Wir wissen, daß noch vieles zu tun übrigbleibt. Wir wissen, daß die Wohnungsverhältnisse immer noch schlecht sind, daß noch vieles notwendig ist an Möbeln und Kleidung aller Art. Wir helfen und werden auch weiterhin helfen, damit die Umsiedler sich nicht mehr als Umsiedler fühlen, sondern mit vollem Recht sagen, wir sind Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik. Unsere Politik des demokratischen, friedlichen Aufbaus, die Einreihung der Umsiedler in unseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß hat uns das Vertrauen unserer Nachbarvölker, besonders aber der Polen und Tschechoslowaken, gebracht.

Seht, liebe Freunde, heute ist es so, daß wir mit der Polnischen Volksrepublik unsere Produkte austauschen. Die Oder-Neiße ist die Staatsgrenze, aber gleichzeitig wird die Oder der Verbindungsweg zwischen der oberschlesischen Kohle, den sowjetischen Erzen und unserem Hüttenkombinat Ost sein. Die Warschauer Maurer haben unseren Berliner Maurern gezeigt, wie man durch bessere Arbeitsorganisation schneller Wohnhäuser bauen kann. Unsere Arbeiter in einer Plauener Fabrik für Druckereimaschinen haben den polnischen Sozialisten vorfristig eine moderne Druckmaschine geliefert. Als Dank stand auf der ersten Seite der ersten Zeitung, gedruckt mit dieser neuen Maschine, ein Gruß der polnischen Arbeiter in deutscher Sprache an ihre deutschen Kollegen.

Liebe Freunde, sagt einmal, ist das nicht ein besseres Verhältnis zwischen Polen und uns? Ist es nicht an der Zeit, den jahrhundertelangen Haß gegen das polnische Volk, der uns von Junkern und Schlotbaronen künstlich eingetrichtert wurde, endlich einmal zu beseitigen?

Wir wollen doch alle in Frieden leben, und das Recht auf Frieden hat jedes Volk. Schauen wir also nicht nur zurück, was der Krieg uns brachte, sondern schauen wir vorwärts, was der Frieden uns schon gebracht hat und was er uns noch bringen wird. Der Krieg hat unser Guben zerstört und auseinandergerissen. Der Frieden wird es wiederaufbauen. Der Krieg hat Polen und Deutsche zu Feinden gemacht, und die Rechnung mußten die Arbeiter und die Bauern, die einfachen Menschen, bezahlen. Der Friede findet das polnische und das deutsche Volk in dem gemeinsamen Lager der Weltfriedensfront gegen die imperialistischen Kriegstreiber. So werden wir hier auf dieser Seite und die polnischen Freunde auf der anderen Seite für das gleiche große Ziel kämpfen, um so unseren Frauen und Kindern, der Zukunft den Frieden der Welt zu erhalten.

Wir haben unsere engere Heimat verloren, aber wir haben die große Heimat des Friedens, die Heimat eines demokratischen, friedliebenden Deutschlands gewonnen. Für die Erhaltung des Friedens in unserem geeinten deutschen Vaterland laßt uns gemeinsam kämpfen.

„Neues Deutschland“, Berlin,
6. Oktober 1950.

Botschaft des Präsidenten zum 7. Oktober

Meine lieben Landsleute!

Unsere Deutsche Demokratische Republik kann am ersten Jahrestag ihrer Gründung auf große und stolze Erfolge zurückblicken. Mit Stolz erfüllt uns vor allem die neue, gleichberechtigte Stellung, die unsere Republik dem deutschen Volke unter den friedliebenden Völkern errungen hat. Wir danken sie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die nach der großzügigen Übergabe der Verwaltungsfunktionen der Sowjetischen Militärverwaltung an deutsche Organe als erster Staat unsere Republik anerkannt hat. Sie hat uns durch den Verzicht auf die Hälfte der noch verbliebenen Reparationsleistungen, durch Abkommen über einen umfangreichen Warenverkehr und durch großzügige Lieferungen in wahrhaft uneigennütziger Weise geholfen. Heute ist unsere Republik von allen Staaten des Friedenslagers anerkannt und unterhält zu fast allen diplomatische Beziehungen. Am Vorabend unseres Jahrestages freuen wir uns besonders über die Nachricht, daß der Botschafter der Chinesischen Volksrepublik als Vertreter seines 450-Millionen-Volkes, das so heroisch für seine Freiheit gekämpft hat, sich auf dem Wege in unsere Hauptstadt befindet. Die alte, von reaktionären Militaristen und beutelüsternen Imperialisten gezüchtete Feindschaft gegen unsere slawischen Nachbarvölker ist begraben. Sowohl mit dem polnischen als auch mit dem tschechoslowakischen Volk verbindet uns ein freundschaftliches Verhältnis guter Nachbarschaft, das durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Abkommen eine feste und dauerhafte Grundlage erhalten hat. Diesen beiden Volksrepubliken, ebenso wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien, danken wir für das Vertrauen und für die Hilfe, die sie uns bei dem schweren Werk unseres Aufbaus zuteil werden lassen.

Die Aufnahme unserer Republik in den Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe ist ein neuer, großer Beweis für die ge-

achtete Stellung eines unabhängigen Staates, die sich unsere Republik durch ihren demokratischen Aufbau im Innern und ihre konsequente Friedenspolitik nach außen erworben hat. So sind die Erfolge unserer friedlichen Außenpolitik aufs engste mit den Erfolgen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus in unserer Republik verknüpft. Unsere gesamte Politik und Arbeit ist auf die Sicherung des Friedens gerichtet.

In meiner Antrittsrede als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik sagte ich vor einem Jahr:

„Die Lösung der großen, schwierigen Aufgaben setzt die Anspannung der Kräfte aller Deutschen und die freudige Mitarbeit des ganzen Volkes voraus.“

Bahnbrecher dieser freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes waren und sind unsere Aktivisten in Industrie und Landwirtschaft. Dem von ihnen ausgelösten Arbeitsenthusiasmus danken wir es, daß der Zweijahrplan zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft im wesentlichen in 1½ Jahren erfüllt werden konnte. Mit dieser Leistung wurden die Voraussetzungen für eine wesentliche Hebung der Lebenslage fast aller Schichten unserer Bevölkerung geschaffen. Die Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung ist wesentlich verbessert worden. Die Löhne unserer Arbeiter und Angestellten, die Einkünfte unserer Bauern und Handwerker, die Gehälter unserer Techniker, Wissenschaftler und Künstler wurden erhöht. Die Lebenslage unserer Alten und Invaliden wurde verbessert. Für die Umsiedler konnten weitgehende Maßnahmen getroffen werden, um ihnen in ihrer neuen Heimat ein menschenwürdiges, von Arbeitsfreude erfülltes Leben zu gewähren.

Dennoch darf ich sagen: Wir sind mit dem Erreichten bei weitem noch nicht zufrieden. Wir wollen allen Schichten unserer Bevölkerung eine Lebenshaltung sichern, die reicher und schöner ist, als sie die Mehrheit der Bevölkerung im vergangenen imperialistischen Deutschland jemals gekannt hat. Das ist das große Ziel des Fünfjahrplans, der vom III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen und von der Regierung unserer Republik sowie von allen Parteien und Massenorganisationen gebilligt wurde und der am 15. Oktober neu zu wäh-

lenden Volkskammer als Gesetz vorgelegt werden wird. Seine Erfüllung setzt die freudige Mitarbeit des ganzen Volkes voraus. Es sind damit große Ziele gesetzt, die dazu anspornen, die Schaffenskraft, die Initiative und den Erfindergeist aller Schaffenden aufs höchste zu steigern. Die Verdoppelung unserer Industrieproduktion, die Steigerung der Erträge des Ackerbaus um 25 Prozent, die Verbesserung und Erweiterung unserer Viehzucht, der Ausbau unserer Fischereiflotte und der Aufbau einer neuen Hochseehandelsflotte, die Erhöhung des Volkseinkommens um mehr als 60 Prozent, der großzügige Wiederaufbau unserer von anglo-amerikanischen Bombern zerstörten Städte und Dörfer, die Erhöhung der Zahl der Arbeiter in der Industrie um 900 000, die Heranbildung neuer, qualifizierter Facharbeiter und einer großen Zahl von Technikern, Ingenieuren, Chemikern und Wissenschaftlern aller Fakultäten — das alles sind Ziele, die dem Wohlstand, der geistigen und kulturellen Höherentwicklung unseres Volkes dienen, die der Anspannung aller Kräfte wert sind.

Wir werden diese großen Ziele ebenso sicher erreichen, wie wir die Ziele des Zweijahrplans erreicht haben. Sie erfordern aber, daß wir die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Menschen noch mehr festigen, daß wir alle wahrhaften deutschen Patrioten in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fest zusammenschweißen. Ebendeshalb gilt es bei den Wahlen am 15. Oktober den gemeinsamen Listen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland einen überwältigenden Sieg zu sichern.

Unser großes Werk des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus bedarf der Erhaltung des Friedens. Der Friede aber ist durch die westlichen Besatzungsmächte aufs äußerste bedroht. Der Überfall des amerikanischen Imperialismus auf das um seine nationale Einheit und Freiheit kämpfende koreanische Volk und die bestialische Kriegführung mit Bomben, Raketen und Flammöl gegen friedliche Städte und Dörfer, gegen Frauen und Kinder haben uns allen zum Bewußtsein gebracht, welche Gefahr uns mit einem neuen Kriege droht. Die Friedensvorschläge für Korea, die die Regierung der Sowjetunion durch ihren Außenminister Wyschinski der Generalversammlung der Organisation der Ver-

einten Nationen unterbreitet hat, finden darum unsere volle Zustimmung und ungeteilte Unterstützung. Auch unsere Wahlen am 15. Oktober werden den Beweis erbringen, daß unser ganzes Volk im Lager des aktiven Kampfes für den Frieden steht.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort besonders an unsere Landsleute in Westdeutschland richten. Westdeutschland ist von der imperialistischen Kriegspolitik besonders bedroht. Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben mit ihrem New-Yorker Deutschland-Kommuniqué der westdeutschen Bundesrepublik ein Diktat aufgezwungen, das weitaus schlimmer und verderblicher ist, als es das Versailler Diktat war. Der Kriegszustand wird nur für beendet erklärt, um die sogenannte westdeutsche Bundesrepublik in einen neuen Krieg hineinreißen zu können. Welchen anderen Sinn kann es sonst haben, daß man dem deutschen Volk den Friedensvertrag verweigert und die Kriegsvorbereitungen verstärkt? Die Zahl der in Westdeutschland stationierten anglo-amerikanischen Divisionen, Bomber, Panzer, Kanonen wird erhöht. Eine militarierte Polizeiarmerie wird aufgestellt. Deutsche Männer werden als Landsknechte für eine sogenannte internationale Streitmacht aufgerufen. Die westdeutsche Industrie wird in steigendem Maße auf Kriegsproduktion umgestellt. Für den Unterhalt der anglo-amerikanischen Truppen und die Aufrüstung wird den werktätigen Massen eine Last von 8 Milliarden Westmark aufgebürdet. Wie zum Hohn wird auch noch verlangt, daß die sogenannte Bundesrepublik die Vorkriegsschulden und Verpflichtungen anerkennt, die auf das Versailler Diktat zurückgehen. Abbau der Sozialleistungen, weitere Verschlechterung der Lage der Umsiedler, erhöhte Steuerlasten, steigende Preise und sinkendes Realeinkommen der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung — das sind die unvermeidlichen Folgen dieser anglo-amerikanischen Kriegspolitik auf deutschem Boden. Ich spreche schon gar nicht von den verbrecherischen Sprengmaßnahmen, die getroffen sind, um weite Gebiete Westdeutschlands in tote Zonen zu verwandeln.

Unser ganzes deutsches Volk will aber den Frieden. Die imperialistischen Kriegsprovokationen werden scheitern, wenn sich die entschlossene Ablehnung aller Kriegsrüstungen und Milita-

risierungsversuche in Westdeutschland mit der Friedenspolitik unserer Deutschen Demokratischen Republik vereint. Dann wird die Einheit Deutschlands im Kampf um einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen hergestellt. Darum, meine lieben westdeutschen Landsleute, lernt aus der Geschichte, aus den bitteren Erfahrungen unseres Volkes. Laßt euch nicht irreführen von dem Kesseltreiben gegen die Kommunisten und alle westdeutschen Friedenskämpfer. Die Hetze und der Terror gegen die Friedenskämpfer dienen heute ebenso der Kriegsvorbereitung, wie sie der Vorbereitung des Hitlerkrieges dienten. Laßt euch auch nicht irreführen von der schmutzigen Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie steht als fester Hort der Friedenspolitik den Kriegstreibern im Wege, sie liefert unserem ganzen Volke den überzeugenden Beweis, daß es seine Lebensfragen aus eigener Kraft lösen kann. Darum hetzen die amerikanischen Kriegstreiber und ihre deutschen Agenten gegen unsere Republik, darum suchen sie durch Sabotage und andere Verbrechen unseren friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau zu stören. Sie fürchten unsere Erfolge, und eben weil wir Erfolge haben, schrecken sie vor keinem Mittel der Störung zurück. Doch damit ist der Sieg unserer gerechten Sache nicht aufzuhalten. Ihre Anschläge werden durch die Wachsamkeit unserer Werktätigen und unserer Staatsorgane zuschanden gemacht.

Am ersten Jahrestage der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik habe ich die absolute Gewißheit: Unser ganzes deutsches Volk wird erkennen, daß der Weg, den wir beschritten haben, der einzig richtige ist, um zu einem einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland zu kommen. Wir haben aus eigener Kraft die Grundlagen unserer Wirtschaft wiederaufgebaut und sind auf dem besten Wege, den Vorkriegsstand auch in der Lebenshaltung zu erreichen und beträchtlich zu überschreiten. Das verbürgt uns die erfolgreiche Inangriffnahme unseres großen Fünfjahrplans. Wir haben dem deutschen Namen wieder Achtung und Vertrauen bei den friedliebenden Völkern und allen Anhängern des Friedens verschafft. Die Deutsche Demokratische Republik ist im großen, unbesiegbaren Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus als

selbständiger und unabhängiger Staat anerkannt. Das sind unsere Erfolge, die uns hoffnungsvoll in eine arbeitsreiche, friedliche und glückliche Zukunft blicken lassen. Dazu wird auch unser Wahlsieg am 15. Oktober beitragen.

Es lebe unsere Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe unser deutsches Volk!

*„Neues Deutschland“, Berlin,
7. Oktober 1950.*

Die geschichtliche Bedeutung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Gemeinhin ist ein Jahr eine zu kurze Frist, um welthistorische Feststellungen zu bekräftigen. Dennoch hat das erste Jahr seit der Gründung unserer Republik durchaus die Stalinsche Feststellung bestätigt:

„Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas.“

Sowohl die innere politische und wirtschaftliche Entwicklung unserer Republik als auch ihre internationale Stellung im Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, ihre Rolle im Kampf um den Frieden sind eindeutige Beweise für die historische Bedeutung ihrer Gründung.

Lenin und die nationale Mission der deutschen Arbeiterklasse

Der deutsche Imperialismus hat in diesem Jahrhundert bereits zweimal seine besondere Raubgier und Unersättlichkeit bewiesen. Das erstemal geschah es, als er im Verlauf des ersten Weltkrieges in Brest-Litowsk der jungen Sowjetmacht einen schamlosen Raubfrieden aufzwang, als er weite Gebiete von Rußland losriß und unerhörte Lieferungen und Zahlungen von den russischen Arbeitern und Bauern zu erpressen suchte. Damals, am 11. März 1918, schrieb Lenin einen Artikel über „Die Hauptaufgabe unserer Tage“, in dem er den Brest-Litowsker Gewaltfrieden mit dem Tilsiter Frieden verglich, den Napoleon dem zerschlagenen Preußen aufzwang. In diesem Artikel grenzte Lenin die sozialistische Vaterlandsverteidigung klar und scharf gegen den „üblichen, d. h. bürgerlichen Patriotismus“ ab, der im zaristischen Rußland den Haß gegen die Deutschen schlechthin gepredigt hatte. Der Losung „Hasse den imperialistischen Räuber!“ fügte er gleichzeitig hinzu:

„Bleibe dem brüderlichen Bündnis mit den deutschen Arbeitern treu.“

Er sah nicht nur den verhaßten Imperialismus, sondern auch die starken Seiten der Deutschen:

„Die Geschichte macht Zickzackwendungen und führt über Umwege. Es ist so gekommen, daß jetzt gerade der Deutsche neben dem bestialischen Imperialismus das Prinzip der Disziplin, der Organisation, des harmonischen Zusammenwirkens auf dem Boden der modernsten Maschinenindustrie, der strengsten Rechnungsführung und Kontrolle verkörpert.“

In dieser Leninschen Beurteilung der Deutschen lagen die zwei Möglichkeiten begründet, die sich für das deutsche Volk am Ende des zweiten Weltkrieges ergaben. Es ist noch heute von außerordentlich aktuellem Interesse, wie Lenin bereits vor der Novemberrevolution von 1918 die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse zur Rettung der deutschen Nation sah. Er schrieb:

„Der Tilsiter Frieden war die größte Erniedrigung Deutschlands, gleichzeitig aber eine Wendung zu einem gewaltigen nationalen Aufschwung. Damals hat die historische Situation diesem Aufschwung keinen anderen Ausweg geboten als den des *bürgerlichen* Staats. Damals, vor mehr als hundert Jahren, machten einige Handvoll Adliger und einige Häuflein bürgerlicher Intellektueller Geschichte, während die Massen der Arbeiter und Bauern einen tiefen Schlaf schliefen. Damals konnte die Geschichte deshalb nur entsetzlich langsam vorankriechen.

Jetzt hat der Kapitalismus die Kultur im allgemeinen und die Kultur der Massen im besonderen auf ein viel höheres Niveau emporgehoben. Der Krieg hat die Massen aufgerüttelt, hat sie durch unerhörte Schrecken und Leiden aus dem Schlaf geweckt. Der Krieg hat die Geschichte vorwärtsgetrieben. Sie fliegt jetzt mit der Geschwindigkeit einer Lokomotive dahin. Millionen und aber Millionen Menschen machen jetzt selbständig Geschichte. Der Kapitalismus ist jetzt reif geworden für den Sozialismus.“

Als im November 1918 die Hohenzollernmonarchie und ihr Militärapparat unter den Schlägen des Krieges zusammenbrach, als sich die Massen der Arbeiter im Waffenrock für die Beendigung des Krieges erhoben, war es die historische Aufgabe der marxistischen deutschen Arbeiterbewegung, den Ausweg nicht im bürgerlichen Staat, sondern im Sozialismus zu finden. Auf

den Zusammenbruch des imperialistischen Hohenzollerndeutschlands wäre dann zweifellos jener gewaltige nationale Aufschwung erfolgt, von dem Lenin sprach und der die Geschichte nicht nur Deutschlands, sondern wahrscheinlich ganz Europas in völlig neue Bahnen gelenkt hätte.

Die in drei Parteien gespaltene deutsche Arbeiterbewegung hat sich im November 1918 nicht auf der Höhe dieser historischen Aufgabe gezeigt. Sie war außerstande, ihre nationale Aufgabe zu lösen. Die verräterischen rechten Führer der sogenannten Mehrheitssozialdemokratie sahen ihre einzige Aufgabe darin, mit der demokratischen Republik jenen bürgerlichen Staat zu schaffen, der wieder zum Herrschaftsinstrument des „bestialischen Imperialismus“, des „imperialistischen Räubers“ werden sollte.

Diese Entwicklung führte über die blutige Niederschlagung der Kämpfe der revolutionären Arbeiter zur allmählichen Preisgabe aller demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution und schließlich mit der Hitlerdiktatur zur Herrschaft des reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten deutschen Monopolkapitals. Sie brachte den breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land in den Jahren der Nachkriegskrise, der Inflation, der großen Weltwirtschaftskrise, der Hitlerischen Aufrüstung eine lange Kette unerhörter Entbehrungen und sozialer Notstände. Sie endete im zweiten Weltkrieg, der das deutsche Volk nach beispiellosen Leiden und Blutopfern in seine tiefste geschichtliche Katastrophe stürzte. Auf diesem imperialistischen Weg war keine einzige Lebensfrage der deutschen Nation zu lösen.

Der Sieg der Sowjetunion machte den Weg frei

Es war das besondere Verbrechen der imperialistischen Hitlerdiktatur, daß sie das deutsche Volk in den Krieg gegen die Sozialistische Sowjetunion stürzte. Der faschistische deutsche Imperialismus nahm nicht nur das Raubprogramm von Brest-Litowsk wieder auf, sondern träumte davon, seine Herrschaft bis zum Ural und bis nach Mittelasien auszudehnen. Er führte den Krieg gegen die Sowjetvölker mit besonderer Grausamkeit und Brutalität. Während die faschistische Orgie des Mordens,

Sengens und Plündern in der Sowjetunion noch tobte, erklärte der Lenin unserer Tage, Genosse Stalin:

„Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“

Der zweite Weltkrieg endete mit dem militärischen Sieg der Sowjetunion. Die Lenin-Stalinsche Einschätzung der Deutschen, die Unterscheidung zwischen dem bestialischen deutschen Imperialismus und dem werktätigen deutschen Volk bestimmte auch die Grundhaltung der Sowjetunion gegenüber der Frage, was nach der Zerschlagung des Hitlersystems mit Deutschland zu geschehen habe. Es war Stalinsche Politik, die in den Potsdamer Beschlüssen nicht nur die Entwaffnung, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands forderte, sondern auch eine solche Demokratisierung vorsah, die die Macht der großen Monopole, Truste und Konzerne zerbrach, die zum erstenmal in der deutschen Geschichte die große Aufgabe der Demokratisierung auf dem Lande durch die Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer einleitete.

Damit war dem deutschen Volke die große Chance seiner Neugeburt als friedliche, demokratische, aber auch unabhängige und starke Nation gegeben. Es kam darauf an, wie die deutsche Arbeiterklasse diesmal ihre historische Aufgabe erfüllen würde. Es kam darauf an, ob die Massen der Arbeiter und Bauern es diesmal verstehen würden, Geschichte zu machen. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Beweis, daß die Arbeiterklasse in diesem Teile Deutschlands ihre geschichtliche Mission mit Erfolg erfüllt.

Die Einheit der Arbeiterklasse — die entscheidende Voraussetzung

Von den Voraussetzungen, die zur Herbeiführung des historischen Wendepunktes, der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, erfüllt werden mußten, war die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse die entscheidende. Es konnte sich

dabei nicht einfach um den Zusammenschluß der beiden bisherigen Arbeiterparteien handeln, sondern die vereinigte Partei mußte alle Anstrengungen machen, um die Parteimitglieder im Geiste des Marxismus-Leninismus zu erziehen. Die deutsche Arbeiterklasse mußte befähigt werden, ihre führende Rolle in der demokratischen Umgestaltung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu erfüllen.

Nur eine Partei, die die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat zur Grundlage ihres Handelns nahm, war imstande, die Zerschlagung des faschistischen Gewaltapparates zu Ende zu führen und den Neuaufbau eines demokratischen Staatsapparates vorzunehmen, in dem die Arbeiterklasse entscheidende Positionen innehat. Nur eine Partei, die sich die marxistisch-leninistische Lehre von der Rolle des Monopolkapitals im Imperialismus angeeignet hat, konnte die Politik der Entmachtung der monopolkapitalistischen Kriegs- und Naziverbrecher richtig durchführen, die Bergwerke und Hüttenbetriebe, die Großbetriebe der Industrie und die Banken in den Besitz des Volkes überführen und auf dieser Grundlage den wirtschaftlichen Wiederaufbau planmäßig betreiben.

Nur auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft konnte die Arbeiterklasse zum Initiator der demokratischen Bodenreform werden, das parasitäre Junkertum entmachten, den Grund und Boden in den Besitz der Bauern und Umsiedler bringen und durch die Hilfe für die Neubauern, die Klein- und Mittelbauern das Bündnis mit der Bauernschaft ständig weiter festigen. Die marxistisch-leninistische Bestimmung der führenden Rolle der Arbeiterklasse gestattete es auch, ein richtiges Verhältnis zu den Mittelschichten, den Handwerkern und Gewerbetreibenden, insbesondere aber zu den Geistesschaffenden sowohl auf dem Gebiet der Technik als auch in Lehre und Forschung und auf allen Gebieten der Kunst herzustellen.

Von den Grundsätzen der Lenin-Stalinschen Politik in der nationalen Frage ausgehend, war es auch nur möglich, die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf um die Einheit und Unabhängigkeit eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands zu entwickeln. Schließlich befähigte

der marxistisch-leninistische Internationalismus die Partei, an der Spitze der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes den Kampf für die Wiedergutmachung der Verbrechen der Hitlerdiktatur zur Grundlage eines neuen, friedlichen und freundschaftlichen Verhältnisses zu den von Hitler überfallenen Völkern zu machen.

So war die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung die Voraussetzung für den Aufbau der demokratischen Ordnung, die mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Krönung fand. Nur die geeinte Arbeiterklasse war imstande, in der Zusammenfassung aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und der demokratischen Massenorganisationen weg- und richtungweisend voranzugehen. Die Einheit der Arbeiterklasse und die grundlegenden demokratischen Umgestaltungen erfüllten entscheidende Teile der Arbeiterklasse und der Bauernschaft mit dem Bewußtsein, daß der politische, wirtschaftliche und kulturelle Neuaufbau ihre ureigenste Sache ist. Auf Grund dieser Erkenntnis ist in der Arbeiterklasse die große Bewegung der Aktivisten, der Wettbewerbe und der Qualitätsbrigaden entstanden, die die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans sicherte. Auf dieser Grundlage wurde der wirtschaftliche und kulturelle Wiederaufbau aus eigener Kraft möglich.

Über die Rolle der geeinten Arbeiterklasse in der Entwicklung unserer Republik sagte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in seiner Grußbotschaft an den III. Parteitag der SED:

„Getreu den revolutionären Traditionen des deutschen Proletariats ist die Sozialistische Einheitspartei die Hauptkraft aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Deutschlands in ihrem Kampf um die endgültige Ausrottung des Militarismus und der Reaktion, um die Liquidierung der Folgen des Krieges, in den der Faschismus das deutsche Volk gestürzt hat.

In den vergangenen fünf Jahren erzielte die Partei gemeinsam mit den anderen demokratischen Organisationen große Erfolge in der demokratischen Umgestaltung Deutschlands und sicherte den unaufhaltsamen Aufschwung auf allen Gebieten der Wirtschaft und Kultur und die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Volksmassen.“

Die unter Führung der Partei der Arbeiterklasse durchgeführten demokratischen Umgestaltungen schufen die Voraussetzungen für das große Vertrauen, das die Regierung der Sowjetunion den demokratischen Kräften Deutschlands bezeugte, indem sie ihre Verwaltungsfunktionen als Besatzungsmacht in die Hände deutscher Organe gab und damit die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik anerkannte. Das war die konsequente Fortführung jener Lenin-Stalinschen Politik, die stets zwischen dem imperialistischen Räuber und dem werktätigen deutschen Volk zu unterscheiden wußte. Die Sowjetregierung konnte diesen Schritt aber nur tun, weil die Arbeiterklasse im Gebiet unserer Republik die Lehren der Geschichte beherzigt und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen hat, in der die Wiederherstellung der Macht des bestialischen deutschen Imperialismus für immer unmöglich gemacht ist.

Über die nationale Aufgabe unserer Republik

Die Gründung der Republik hat im besten Sinne des Wortes einen nationalen Aufschwung der allerbreitesten Bevölkerungskreise ausgelöst. Er beflügelte die Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure, vor allem aber unsere Aktivisten, die Wettbewerbsbrigaden und die Brigaden der ausgezeichneten Qualität zu den großen Arbeitsleistungen, denen wir es zu danken haben, daß der Zweijahrplan in rund anderthalb Jahren erfüllt wurde. Dieser Aufschwung zeigte sich auch in der Arbeit unserer Bauernschaft für die Einbringung von Friedenshektarerträgen. Anlässlich der Eröffnung der Landwirtschafts- und Gartenbauausstellung in Leipzig hat die große Bauern demonstration einen kraftvollen und überzeugenden Beweis für die politische Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft erbracht. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte demonstrierten die Bauern für ihre Republik und für ihre Regierung der demokratischen Ordnung. Aber auch in allen anderen Schichten der Bevölkerung, sei es unter den Intellektuellen, sei es unter den Handwerkern und Gewerbetreibenden, ist eine starke Belebung der wirtschaftlichen Initiative und eine weitaus

größere Aufgeschlossenheit für die Teilnahme am politischen Leben zu verzeichnen als früher. Der lebendigste und aktivste Träger des allgemeinen Aufschwungs aber ist unsere Freie Deutsche Jugend, die zu einer echten Massenbewegung der jungen Generation geworden ist. Im Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands legt sie ebenso wie in der Arbeit und im Lernen die stärkste Initiative und größte Begeisterung an den Tag. Sie verkörpert im besten Sinne die große Zukunft unserer Republik.

Wieder aber war es die Partei der Arbeiterklasse, die in dieser Situation dem ganzen Volk die große Perspektive der Entwicklung zu einem starken und friedlichen Deutschland zeigte. Die besondere Bedeutung unseres III. Parteitages bestand eben gerade darin, daß er mit dem Entwurf des Fünfjahrplans dem ganzen Volk den Weg zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg von einer Höhe wies, wie sie das imperialistische Deutschland nie erreicht hat. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Ziele des Fünfjahrplans zu entwickeln. Es soll nur hervorgehoben werden, daß der Fünfjahrplan dem deutschen Volk den Weg weist, auf dem es seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit die Grundlage seiner selbständigen nationalen Existenz, seiner staatlichen Unabhängigkeit sichern kann. Befreit vom raubgierigen Imperialismus, kann die Arbeiterklasse und die gesamte werktätige Bevölkerung ihre starken und guten Eigenschaften zum ersten Male in der deutschen Geschichte frei und voll zur Entfaltung bringen. Das „Prinzip der Disziplin, der Organisation, des harmonischen Zusammenwirkens auf dem Boden der modernsten Maschinenindustrie, der strengsten Rechnungslegung und Kontrolle“, das sich nach Lenins Worten gerade in den Deutschen verkörpert, dient jetzt nicht mehr der monopolkapitalistischen Ausbeutung, der Kriegswirtschaft und Zerstörung, sondern dem friedlichen Aufbau, einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung und damit den wahren Lebensinteressen der deutschen Nation. In unserer Republik haben in der Tat Millionen schaffender Menschen begonnen, „selbständig Geschichte zu machen“. Es kommt darauf an, unserer ganzen Partei und der gesamten Arbeiterklasse voll zum Bewußtsein zu bringen, daß gerade hier die großen Potenzen

liegen, die nach den Worten des Genossen Stalin unser deutsches Volk befähigen, in fester Freundschaft mit den Sowjetvölkern „große Aktionen von Weltbedeutung“ zu vollbringen.

Die Aufnahme, die der Fünfjahrplan nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch bei der Bauernschaft, bei der Intelligenz und in den Kreisen des Handwerks und der privaten Industrie gefunden hat, beweist, daß er im ganzen Volk den nationalen Lebenswillen enorm gestärkt und gefördert hat. Dazu trug nicht zuletzt bei, daß die Früchte der bereits geleisteten Aufbauarbeit und des Zweijahrplans in steigendem Maße allen Schichten unseres Volkes zugute kommen. Die allgemeine Verbesserung der Versorgung und die vielfältigen Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lebenslage aller Schichten der Bevölkerung sind dafür überzeugende Beweise.

Auf der Grundlage dieser politischen und wirtschaftlichen Entwicklung kamen die gemeinsamen Listen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Oktoberwahlen zustande. Die Aufgabe in der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberwahlen bestand darin, diesen allgemeinen Aufschwung des politischen und wirtschaftlichen Lebens unserer Republik durch einen überwältigenden Sieg der Listen der Nationalen Front weiter voranzutreiben und vor dem ganzen deutschen Volke zu dokumentieren, daß es durch den festen Zusammenschluß aller demokratischen und patriotischen Kräfte imstande ist, alle seine politischen, sozialen und kulturellen Lebensfragen aus eigener Kraft zu lösen. Die Oktoberwahlen haben die demokratische Ordnung unserer Republik weiter gefestigt und sichern die volle und rasche Erfüllung unseres großen nationalen Programms zur Entwicklung unserer Volkswirtschaft und Kultur.

Die Entwicklung unserer Deutschen Demokratischen Republik läßt sich jedoch von der gesamtdeutschen Entwicklung nicht trennen. Die Gründung unserer Republik war unvermeidlich geworden, als auf Befehl der imperialistischen Westmächte am 7. September vorigen Jahres die separatistische westdeutsche „Bundesrepublik“ geschaffen worden war. Unter Mißachtung des entscheidenden Inhalts des Potsdamer Abkommens hatten die imperialistischen Westmächte damit die Spaltung Deutschlands

vollzogen. Seitdem hat die Entwicklung des Bonner Separatstaates seinen reaktionären und halbkolonialen Charakter immer offenkundiger gemacht. Die Macht des kriegsschuldigen deutschen Monopolkapitals ist weitgehend wiederhergestellt. Die alten imperialistischen und militaristischen Kräfte beherrschen den gesamten Staatsapparat. Nur fünf Jahre nach der Zerschlagung des Hitlersystems gibt es in Schleswig-Holstein bereits wieder eine Regierung, die durchgängig nur aus ehemaligen Naziführern besteht. Diese Tatsache ist kennzeichnend für die Gesamtsituation in Westdeutschland. Sie ist nur der offenste Ausdruck für die Faschisierung und Militarisierung, die in ganz Westdeutschland betrieben wird.

Diese reaktionäre Entwicklung in Westdeutschland wurde von den Kräften des deutschen Monopolkapitals durch den offenen nationalen Verrat erkaufte. Sie haben sich weitgehend zu Vollstreckern der Politik des amerikanischen Imperialismus gemacht, der Deutschland als Konkurrenten ausschalten, das deutsche Volk für immer seiner nationalen Souveränität berauben und Westdeutschland zu seiner Kriegsbasis gegen das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus machen will.

Durch die einseitigen Abmachungen, die im sogenannten Deutschland-Kommuniqué der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs niedergelegt sind, wollen die anglo-amerikanischen Imperialisten dem deutschen Volke sein durch das Potsdamer Abkommen verbürgtes Recht auf einen Friedensvertrag rauben. Durch die formale Erklärung über eine „Beendigung des Kriegszustandes“ wollen sie Westdeutschland in den aggressiven Kriegspakt der sogenannten Atlantikmächte einbeziehen. Die anglo-amerikanischen „Streitkräfte“ in Westdeutschland werden verstärkt. Mit ihrer Hilfe wird eine militarisierte westdeutsche Polizeiarmerie aufgestellt. Deutsche Männer sollen als Söldner für eine sogenannte internationale Streitmacht mobilisiert werden. Die westdeutsche Schwerindustrie muß in verstärktem Maße Kohle, Eisen und Stahl für die anglo-amerikanische Aufrüstung liefern. Noch rücksichtsloser als bisher werden die westdeutschen Berge und Täler, Straßen und Flüsse, Bauten und Brücken als europäische Hauptkampflinie des amerikani-

schen Krieges hergerichtet und mit Verwüstung und Vernichtung bedroht. Das ist der entscheidende Inhalt der New-Yorker Abmachungen, die nicht auf eine „Beendigung des Kriegszustandes“, sondern auf die Einbeziehung Westdeutschlands in einen neuen Krieg abzielen.

Die rechten Führer der Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes spielen bei dieser Politik eine besonders schmachvolle und schändliche Rolle. Sie werden von der reaktionären Adenauer-Clique weitgehend aus dem Staatsapparat ausgeschaltet, machen sich aber in knechtseligster Weise zu Einpeitschern der anglo-amerikanischen Kriegspolitik. Sie schreien nach mehr amerikanischen Divisionen, nach rascherer Aufrüstung und rufen die deutschen Arbeiter auf, für diese imperialistische Kriegspolitik „wieder Waffen zu tragen“. Ihre Rolle ist noch schmachvoller, als sie es bei der Niederschlagung der Kämpfe der revolutionären Arbeiter in der Weimarer Republik war. Sie haben mit ihrer Politik nicht nur, wie damals, der Festigung der Herrschaft der reaktionärsten und kriegslüsternten Kräfte des deutschen Imperialismus den Weg gebahnt, sondern sind zu käuflichen Agenten des anglo-amerikanischen Imperialismus und seiner Kriegspolitik geworden. Sie sind die lautesten Schreier im Kampf gegen die Kommunisten und alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, in deren Unterdrückung und Verfolgung sie mit Adenauer und der nazistischen schleswig-holsteinischen Regierung wetteifern. Mit ihrer Hilfe ist Westdeutschland zu einem Naturschutzpark der faschistischen Reaktion und der offenen, unverhüllten Kriegsvorbereitungen bei gleichzeitiger Preisgabe der nationalen Unabhängigkeit des deutschen Volkes und der Zerreißung seiner nationalen Einheit geworden.

Die Wiedererrichtung und Festigung der Herrschaft des deutschen Imperialismus nach 1918 hat zum Hitlerkrieg und zur nationalen Katastrophe geführt, aus der sich das deutsche Volk nur unter unendlichen Mühen und unter Anspannung aller seiner Kräfte einen neuen Aufstieg erringen kann. Es kann gar kein Zweifel sein, daß mit der Kriegspolitik des anglo-amerikanischen Imperialismus und der imperialistischen deutschen Reaktion in Westdeutschland das Schicksal des ganzen deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt wird. Die geschichtliche Erfahrung gibt

die warnende Lehre, daß dieser Weg mit der Auslöschung des deutschen Volkes als selbständige Nation enden müßte.

Angesichts der Bedrohung Deutschlands und Europas durch Reaktion und Kriegspolitik in Westdeutschland tritt besonders eindrucksvoll die geschichtliche Bedeutung der Tatsache hervor, daß im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Arbeiterklasse die fortschrittlichen, demokratischen und friedliebenden Kräfte über die Kräfte des deutschen Imperialismus, der Reaktion und des Militarismus gesiegt haben. Hier ist, wie Genosse Stalin in seiner Grußbotschaft vor einem Jahr sagte, der „Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland“ gelegt worden. Unsere Republik zeigt dem ganzen deutschen Volk den einzig möglichen Weg zur nationalen Neugeburt, zur Sicherung seiner nationalen Existenz, zum Aufstieg zu einer starken und friedlichen Nation. Gegenüber der Politik der Reaktion und des Krieges, die in Westdeutschland betrieben wird, gibt unsere Republik das Beispiel echter Friedenspolitik und des erfolgreichen Aufbaus aus eigener Kraft, der Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit und der Achtung bei allen friedliebenden Völkern.

Es kann nicht ausbleiben, daß mit der erfolgreichen Durchführung dieser politischen Grundlinie unsere Republik und ihre Hauptkraft, die geeinte Arbeiterklasse, einen immer stärker werdenden Einfluß auf die breitesten Volksmassen Westdeutschlands ausüben wird. Die Verschärfung der reaktionären Verfolgungen in Westdeutschland, die brutale Unterdrückung der Kommunistischen Partei, aller Friedenskämpfer und wahren Patrioten, die hysterische Hetze und die organisierte Sabotage- und Agententätigkeit gegen unsere Republik sind nur Zeichen dafür, wie sehr die westlichen Imperialisten und ihre reaktionären deutschen Handlanger unsere erfolgreiche Entwicklung fürchten. Alle reaktionären Umtriebe gegen unsere demokratische Ordnung, gegen unseren wirtschaftlichen Aufbau und die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung nehmen ihren Ausgang von den westlichen imperialistischen Spionagediensten und den westdeutschen reaktionären Sabotagezentralen. Mit unseren Erfolgen und den gesteigerten Kriegstreibereien des anglo-amerikanischen Imperialismus nehmen auch die Versuche

solcher reaktionären Anschläge zu. Gerade das verpflichtet uns, auf allen Gebieten unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens für erhöhte Wachsamkeit zu sorgen und zu lernen, die sich ändernden vielfältigen Methoden des Gegners rechtzeitig zu durchschauen.

Die internationale Stellung unserer Republik

Unsere Republik ist von allen Ländern des großen Friedenslagers unter Führung der Sowjetunion anerkannt worden. Sie hat mit der großen Mehrheit dieser Länder bereits diplomatische Missionen ausgetauscht. Die diplomatischen Beziehungen sind jedoch nur der äußere politische Ausdruck unseres neuen Verhältnisses zu den friedliebenden Völkern. Die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte unserer Republik haben bei den volksdemokratischen Staaten und ihren Völkern neues und großes Vertrauen gefunden. Auch hier hat sich die Sowjetunion wieder als der große und beste Freund des deutschen Volkes erwiesen. Die Herabsetzung und Stundung der Reparationszahlungen, das große Abkommen über den Warenaustausch, die zusätzlichen Lieferungen an Lebensmitteln und Rohstoffen sind die sichtbaren Beweise jener großen Hilfsbereitschaft, die wir bei unserem Aufbau und in unserer Arbeit für den nationalen Aufstieg bei den Sowjetvölkern und ihrem großen Führer, dem Genossen Stalin, finden. Diesem großen Beispiel sind die Staaten der Volksdemokratie gefolgt. Davon zeugen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Abkommen, die mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien abgeschlossen wurden. Durch ihre konsequente Friedenspolitik errang die Deutsche Demokratische Republik mit ihrer kürzlich erfolgten Aufnahme in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ihren größten Erfolg. Sie hat damit ihre volle Anerkennung und ihren gleichberechtigten Platz im Lager der Friedensstaaten gefunden.

Unsere Republik hat darüber hinaus aber auch bei der Arbeiterklasse, den demokratischen Kräften und allen Friedenskämpfern in der gesamten imperialistischen Welt Anerkennung und Vertrauen gefunden. An sprechenden Beweisen dafür hat es

seit der Gründung unserer Republik nicht gefehlt. Die großen Delegationen, die am Deutschlandtreffen der Freien Deutschen Jugend teilnahmen, die starke Vertretung der internationalen Arbeiterbewegung durch ihre besten Führer auf unserem Parteitag, die Teilnahme ausländischer Delegationen an vielen anderen Tagungen und Veranstaltungen unserer Republik legen ebenfalls Zeugnis dafür ab.

Genosse Palmiro Togliatti hat nach der Rückkehr vom III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in einem Artikel über „Die gegenwärtige internationale Lage und die nationalen Interessen Italiens“ im „Bolschewik“, der theoretischen und politischen Zeitschrift des Zentralkomitees der KPdSU(B), geschrieben:

„Unlängst bot mir die Teilnahme am III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Möglichkeit, die Deutsche Demokratische Republik zu besuchen, und ich gewann die tiefe Überzeugung, daß auch in diesem Teil Europas ein großer Sieg errungen worden ist . . .

Als ich mich mit Genossen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterhielt, als ich die Fabriken besuchte, wo die deutschen Arbeiter mich wie einen Arbeits- und Kampfesbruder aufnahmen, da empfand ich in der Tat, daß ein neues und einiges Europa im Werden ist. Das ist jedoch nicht das Europa der sogenannten Europäer . . . Das ist das wahre Europa, das sich vom Ural bis zum Atlantischen Ozean erstreckt und in dem nach Frieden und Zusammenarbeit dürstende Völker leben — vom russischen bis zum französischen, tschechischen oder italienischen Volk. Zwischen den Völkern, die bereits eine neue Ordnung geschaffen haben, und den fortschrittlichen Teilen jener Völker, die das noch nicht erreicht haben, ist die Solidarität, die Einheit im Kampf um den Frieden, im Kampf für Demokratie, für die Errichtung einer neuen Welt offenkundig.“

Das ist eine hohe Anerkennung aus der Feder eines der besten Führer der internationalen Arbeiterbewegung und des gesamten Friedenslagers. Es ist ein ehrendes Zeugnis der Anerkennung und des Vertrauens, die sich unsere Deutsche Demokratische Republik und ihre Hauptkraft, unsere Sozialistische Einheitspartei, in der gesamten friedliebenden Menschheit erworben haben. Auch in dieser Hinsicht hat sich die große Voraussage Stalins bestätigt, daß wir auf dem Wege des Kampfes

für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland die „große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden“. Daraus schöpfen wir die Gewißheit, daß wir im zweiten Jahr unserer Republik mit noch größerem Erfolg vorwärtsschreiten werden. Darin liegt für uns aber auch die Verpflichtung, alle Kräfte anzuspannen, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die unser III. Parteitag im Kampf für den Frieden, für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Volkes gestellt hat.

*„Einheit“, Berlin, Heft 10, 5. Jahrgang,
Oktober 1950.*

Brief an alle Mitglieder anlässlich des Beginns des Parteilehrjahres

Liebe Genossin! Lieber Genosse!

Wie Du weißt, beginnt am 1. November das erste Parteilehrjahr.

Das ist eine neue Einrichtung in unserer Partei. Aber die Forderung, die sie erfüllen helfen wird, ist alt: die Forderung nämlich, daß jedes Mitglied und jeder Kandidat unserer Partei ständig an seiner theoretischen Ausbildung arbeiten soll.

Unser neues Parteistatut, das auf dem III. Parteitag angenommen wurde, macht dieses ständige Studium ausdrücklich zu einer Pflicht für alle Genossen. Es heißt im Abschnitt I, Ziffer 2a:

„Das Parteimitglied ist verpflichtet, ständig sein politisches Wissen durch das Studium des Marxismus-Leninismus zu erweitern, seine Allgemeinbildung und seine Fachkenntnisse im Interesse des Volkes zu vervollkommen, die Parteipresse regelmäßig zu lesen.“

Das Parteilehrjahr hat den Zweck, Dir die Erfüllung dieser — für eine Partei neuen Typus unerläßlichen — Verpflichtung zu erleichtern. Es sichert Dir bei Deinem Studium den notwendigen organisatorischen Rahmen und die Unterstützung durch qualifizierte Propagandisten.

Aber die Hauptarbeit mußt Du selbst leisten. Du mußt Dir darüber im klaren sein, daß ein großer Fleiß und ein zähes, ernsthaftes Streben notwendig ist, um den Anforderungen, die das Lehrjahr an Dich stellt, gerecht zu werden. Die Periode des sporadischen planlosen Lesens, „wenn ich mal dazu komme“, ist in unserer Partei endgültig vorüber. Die für das Studium notwendige Zeit mußt Du fest in Deine Zeiteinteilung einbauen. Das heißt, das Lesen und Lernen nach dem Studienplan muß ein ständiger Bestandteil Deines Tages- und Wochenplans werden.

Es wäre falsch zu glauben, daß damit eine untragbare Mehrbelastung für Dich verbunden wäre. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Das systematische theoretische Studium hilft Dir, Deine Arbeit besser durchzuführen und in Deiner Parteiarbeit mit weniger Zeitaufwand mehr und Besseres zu erreichen. Das Studium hilft Dir auch, die Fähigkeit zu entwickeln, den Marxismus-Leninismus lebendig anzuwenden und in jeder Lage richtig zu handeln.

Dazu ist allerdings notwendig, daß Du das Studium der Theorie nicht losgelöst von Deiner praktischen Tätigkeit betreibst. Dein theoretisches Wissen wird dann zum festen Fundament für Deine Arbeit, wenn Du es ständig in der Praxis anwendest, wenn Du die in den Werken unserer Klassiker und in den Beschlüssen und Veröffentlichungen unserer Partei zusammengetragenen und verallgemeinerten Erfahrungen der Arbeiterbewegung in Deiner eigenen Tätigkeit anwendest.

Es genügt also nicht, schulmäßig ein festgelegtes Pensum zu lernen. Was Du theoretisch lernst, das sollst Du möglichst immer in Verbindung zu unseren gegenwärtigen politischen Aufgaben und den Problemen Deiner eigenen Arbeit bringen. Umgekehrt muß Du auch bei allen Unklarheiten, die in Deiner Tätigkeit auftreten, Rat bei Marx, Engels, Lenin und Stalin und bei den Beschlüssen unserer Partei holen. Hand in Hand damit muß eine immer bessere und gründlichere Auswertung unserer Parteipresse gehen.

Auch dazu wird Dich in steigendem Maße Dein Studium im Rahmen des Parteilehrjahres befähigen.

Es geht nun darum:

daß alle Maßnahmen im Rahmen des Parteilehrjahres pünktlich und voll in Gang kommen,

daß jedes Mitglied und jeder Kandidat der Partei an der ihm entsprechenden Stufe der Parteischulung teilnimmt,

daß auch fortschrittliche, mit uns sympathisierende Parteilose, insbesondere Aktivisten aus der Produktion, dabei hinzugezogen werden,

daß alle Genossen, ob sie nun als Lernende oder als Lehrer am Parteilehrjahr teilnehmen, ihre Aufgabe ernst und verantwortungsbewußt durchführen,
daß jeder dazu beiträgt, die Lern- und Lehrmethoden in der Partei im Verlaufe dieses Lehrjahres ständig zu verbessern.

Bemühe Dich mit ganzer Kraft, Deinen Teil zur Erfüllung dieser Bedingungen beizutragen! Überwinde jede Unterschätzung unserer propagandistischen Aufgaben bei Dir selbst oder bei anderen Genossen! Halte insbesondere alle Dir übertragenen Aufträge im Rahmen des Parteilehrjahres streng ein!

Dann wird das Parteilehrjahr ein voller Erfolg sein. Dann wird die Theorie des Marxismus-Leninismus in voller Bedeutung des Wortes die scharfe Waffe in der Hand der gesamten Partei.

Mit sozialistischem Gruß

Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

*„Neues Deutschland“, Berlin,
31. Oktober 1950.*

Die Bedeutung der Lehren der Oktoberrevolution für den Kampf des deutschen Volkes um den Frieden, um die Einheit Deutschlands

Im „Kurzen Lehrgang“ der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“ wird als eine der Hauptursachen für den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution folgende Tatsache hervorgehoben:

„An der Spitze der Arbeiterklasse stand eine in politischen Kämpfen so erprobte Partei wie die Partei der Bolschewiki. Nur eine Partei wie die Partei der Bolschewiki, genügend kühn, um das Volk zum entscheidenden Sturmangriff zu führen, und genügend umsichtig, um alle und jegliche Klippen auf dem Wege zum Ziele zu umgehen — nur solch eine Partei war imstande, mit derartigem Können so verschiedenartige revolutionäre Bewegungen zu einem einheitlichen revolutionären Strom zu vereinigen, wie die allgemein-demokratische Bewegung für den Frieden, die bäuerlich-demokratische Bewegung für die Besitzergreifung der Gutsbesitzerländereien, die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker für nationale Gleichberechtigung und die sozialistische Bewegung des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.“

Die bolschewistische Partei verstand es die verschiedenartigen revolutionären Bewegungen zur Erkämpfung eines gemeinsamen, gleichen Zieles zu vereinigen. Die Forderung nach Frieden erhoben alle werktätigen Schichten der Bevölkerung. Mit der großen allgemeinen Friedenslosung war die Forderung von Millionen Bauern nach Land eng verbunden. Hatten doch die Bauern im Laufe eines Jahrzehnts zweimal einen hohen Blut-zoll in den Kriegen für den Zarismus leisten müssen. Die Niederlage des zaristischen Regimes an den Fronten zeigte den unterdrückten Nationalitäten im zaristischen Völkergefängnis die Schwäche des zaristischen Regimes; die von der bolschewistischen Partei aufgestellte Losung des Selbstbestimmungsrechts

der Nationen verknüpften die Massen der unterdrückten Völker mit der allgemeinen Forderung nach Beendigung des Krieges.

Die Friedenssehnsucht des Volkes trat in deutlichster Weise in dem Kampf der Arbeiterklasse hervor. Ihre Vorhut, die bolschewistische Partei, hatte bereits vor dem Beginn des imperialistischen Krieges in aller Eindeutigkeit zum Ausdruck gebracht, daß es die Aufgabe des Proletariats sei, den imperialistischen Krieg zu verhindern. Wenn er trotzdem ausbrechen sollte — sagten die Bolschewiki entsprechend dem Baseler Manifest von 1912 —, dann gilt es mit allen Kräften für eine schnelle Beendigung des Krieges zu kämpfen und die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen. Die bolschewistische Dumafraktion gab mit ihrer konsequenten Ablehnung der Kriegskredite das historische Beispiel für die Durchführung der internationalen Verpflichtungen im Kampfe gegen den Krieg.

Die bolschewistische Partei entfaltete mit dem Beginn des Krieges einen hartnäckigen, aufopferungsvollen Kampf unter der Leninschen Losung „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“. Diese Losung wies der Arbeiterklasse Rußlands, aber auch der Arbeiterklasse aller imperialistischen Länder den Weg des Kampfes gegen den Krieg und stellte dem Proletariat jedes Landes die Aufgabe, nicht nur durch die Aktion der Massen den Krieg zu beenden, sondern gleichzeitig die Herrschaft des kapitalistischen Systems zu beseitigen. Entsprechend der Direktive des Leninschen Zentralkomitees entfalteten die Bolschewiki in den Betrieben und im Heer ihre Massenagitation, ihr Ziel war die Organisierung von wuchtigen Aktionen der Werktätigen gegen den Krieg, sie waren für die militärische Niederlage der Zarenregierung. Die Stärke der bolschewistischen Partei zeigte sich darin, daß sie es glänzend verstand, die revolutionären Aktionen des Proletariats mit den allgemeinen demokratischen Bewegungen für Frieden, Brot und Freiheit zu einem großen revolutionären Strom zu vereinigen.

Die geniale bolschewistische Strategie und Taktik führte zu dem historischen Sieg am 7. November 1917. Ihre weltgeschichtliche Bedeutung wird uns um so bewußter, wenn wir dem Verlauf des Kampfes der bolschewistischen Partei und seinen Resultaten im Oktober 1917 die Entwicklung des Kampfes zur Beendigung des Krieges in Deutschland gegenüberstellen. Auch in Deutschland war die Masse des Volkes kriegsmüde. Spätestens 1917 wurde den Soldaten im Schützengraben, den Männern und Frauen in den Rüstungsfabriken immer bewußter, daß der Krieg des Kaisers verloren war und daß nur ein schneller Friede das Ende des Hungers, des Verblutens des Volkes bringen kann. Dieser Gedanke erfaßte nach dem Sieg der Arbeiter und Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution immer breitere Kreise des deutschen Volkes, vor allem aber der Arbeiterklasse. Die Arbeiter stellten ihre Forderungen. Sie gipfelten in der Losung „Brot und Frieden“ und fanden ihren stärksten Ausdruck im Januarstreik der Munitionsarbeiter in Berlin. Der Streik wurde von der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung abgewürgt. Die revolutionäre Bewegung der Arbeiter erhielt dadurch einen schweren Rückschlag. Mehrere Monate mußten vergehen, bis es zu neuen großen Kämpfen der Arbeiterklasse gegen den Krieg kam.

Charakteristisch für die deutsche Entwicklung ist aber die Tatsache, daß der Kampf der Arbeiter in den Betrieben gegen den Krieg, die große Streikbewegung im Sommer 1917 und im Winter 1917/1918 kein Echo auf dem Lande unter den Massen der Bauern und Landarbeiter fand. Selbstverständlich ersehnten auch die deutschen Landarbeiter das Ende des Krieges. Aber diese allgemeine Stimmung wurde nicht verbunden mit einer konkreten wirtschaftlichen Forderung, um die Massen der werktätigen Landbevölkerung zu einem aktiven Verbündeten der Arbeiterklasse im Kampf für die Beendigung des Krieges und für die Zerschlagung der Macht der kaiserlichen Regierung und ihrer Hintermänner zu gewinnen.

So kam es, daß der November 1918 kein besonderes Echo auf dem flachen Lande fand. Es kam zu keinen revolutionären

Aktionen der Landarbeiter und der landarmen Bauern gegen die kaiserlichen Junker und ihren reaktionären Staatsapparat.

Die rechte sozialdemokratische Parteiführung hatte sich bis zum 9. November gegen die revolutionäre Bewegung gestemmt. Erst als die Massen der Arbeiter und Soldaten durch den Aufstand die Kapitulation der kaiserlichen Regierung in Berlin erzwungen hatten, stellte sich die rechte SPD- und Gewerkschaftsführung nach bewährtem Muster an die Spitze dieser Bewegung, um sie zu verraten. Es ist selbstverständlich, daß von dieser Seite die landarmen Bauern und die Landarbeiter weder eine Aufforderung zu revolutionären Aktionen noch Unterstützung erwarten konnten.

Der Spartakusbund propagierte in seinem Aufruf vom 1. Oktober 1918 die Aktionslosung: Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern. Damit wurden alle Großbauern auf die Seite der kaiserlichen reaktionären Großgrundbesitzer getrieben. Aber noch verhängnisvoller wirkte sich die Tatsache aus, daß diese Aktionslosung des Spartakusbundes nicht die Aufteilung des Bodens an Landarbeiter und landarme Bauern enthielt. Für die Millionenmasse von Bauern und Landarbeitern wurde keine konkrete Forderung gestellt, für die sie den Kampf gegen den kaiserlichen Staatsapparat hätte aufnehmen sollen.

Die Novemberrevolution von 1918 beseitigte zwar die halbfeudale Gesindeordnung auf dem Lande, ließ aber die tatsächlichen sozialen Verhältnisse unangetastet. Das Proletariat verstand nicht, die Landarbeiter und landarmen Bauern als Verbündete für seinen Kampf zu gewinnen und die Schichten der Mittelbauern zu neutralisieren. Bereits einige Wochen nach dem 9. November 1918 benutzten die Freiwilligenkorps zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung in den Städten die großen Güter der Junker als ihre wichtigsten Stützpunkte.

Es gab auch in Deutschland vor der Novemberrevolution keine irgendwie geartete nationale Bewegung zur Rettung des Vaterlandes vor dem Chaos, das durch die Weiterführung des Krieges entstand. Die Mittelschichten und die Intelligenz standen fast vollständig unter dem Einfluß der imperialistischen Ideologie.

Von der Seite der revolutionären Bewegung wurden so gut wie keine Versuche unternommen, in den Reihen des Bürgertums eine Bewegung zu entfalten mit der Forderung der Beendigung des Krieges zur Rettung der Nation.

Der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung hatte kein Verständnis für die Fragen der Verbündeten des Proletariats und der Möglichkeiten nationaler Bewegungen in der Epoche des Imperialismus.

Dazu kam die Tatsache, daß die deutschen Linken zwar eine heroisch kämpfende Gruppe darstellten, aber keine revolutionäre Partei waren. In einem Briefe an die deutschen Kommunisten vom 14. August 1921 stellte Lenin fest:

„Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise noch nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge des Druckes der verfluchten Tradition der ‚Einheit‘ mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Konsorten) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Konsorten) Bande der Lakaien des Kapitals.“

Ohne eine solche revolutionäre, erfahrene Massenpartei war es selbstverständlich nicht möglich, alle revolutionären Potenzen im Volke zur Auslösung zu bringen.

Die falsche, sektiererische Taktik der deutschen Linken isolierte die Vorhut des deutschen Proletariats, den Spartakusbund und die im Feuer der Revolution gegründete Kommunistische Partei, und isolierte das Proletariat von allen anderen Schichten. Das Resultat war die durch die verräterische Politik der rechten sozialdemokratischen Parteiführung begünstigte Restauration des deutschen Monopolkapitals, der Weg, der Deutschland zum Faschismus und zum zweiten Weltkrieg führte.

II

Das deutsche Proletariat hat den Verrat der Sozialdemokratie im November 1918, das Fehlen einer revolutionären marxistischen Partei und die Irrtümer der deutschen Linken schwer bezahlen müssen. Aber es genügt nicht, Fehler und Irrtümer festzustellen, sondern das Entscheidende ist, aus den Fehlern zu lernen.

Als nach dem Sieg der heroischen Sowjetarmee über den deutschen Faschismus die deutsche Arbeiterbewegung wieder die Möglichkeit bekam, sich neu zu bilden, stand vor allen ehrlichen antifaschistischen Arbeitern die Frage, welcher Art eine revolutionäre Massenpartei sein muß. Sie wurde mit dem Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterklasse und mit der Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beantwortet. Die am 22. April 1946 gegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands machte es sich zur ersten Pflicht, ihre Mitglieder auf der Grundlage der Ideen des Marxismus-Leninismus zu erziehen. Vor der geeinten sozialistischen Arbeiterbewegung stand die Aufgabe, nicht nur die Arbeiterklasse, sondern darüber hinaus alle werktätigen Schichten, selbst Teile aufrechter demokratischer Kreise des Bürgertums, auch Fabrikanten und Kaufleute, für den neuen, friedlichen, demokratischen Entwicklungsweg zu gewinnen.

Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß es der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelang für dieses Programm des demokratischen, friedlichen Aufbaus, der restlosen Entmachtung der Junker, der Konzernherren und Kriegsverbrecher, der Schaffung einer festen demokratischen Ordnung die breitesten Schichten unseres Volkes in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, zu mobilisieren. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ergriff die Initiative bei der Überwindung des Chaos, bei der Wiedereingangssetzung der Betriebe, bei dem Aufbau der demokratischen Selbstverwaltungen, ohne dabei auf die Mitwirkung aller werktätigen Schichten und der bürgerlich-demokratischen Parteien zu verzichten. Für die Politik der SED wurde es zu einem festen Begriff, alle demokratischen Kräfte bei der Lösung der vor dem deutschen Volke stehenden Aufgaben heranzuziehen.

Die Politik des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen hat gute Resultate gezeitigt. Sie bewährte sich insbesondere, als durch das Vorgehen der westlichen Besatzungsmächte unter Ausnutzung willfähriger westdeutscher Politiker Westdeutschland abgetrennt wurde, um es zu einem Aufmarschgebiet für den dritten Weltkrieg politisch, wirtschaftlich und ideologisch vorzubereiten. Der Block der anti-

faschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen wurde zur Basis der breiten Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden.

Die imperialistischen Besatzungsmächte wandten gegen diese Bewegung des deutschen Volkes in Westdeutschland die altbewährten Methoden des Terrors und des Massenbetrugs an. Sie verboten in ihren Besatzungszonen und in Westberlin Kundgebungen und Versammlungen mit dem Thema Einheit Deutschlands.

Das auf Initiative des Deutschen Volkskongresses vom Deutschen Volksrat durchgeführte Volksbegehren für die Einheit Deutschlands fand, obwohl die Unterschriftensammlung in den westlichen Besatzungszonen verboten war, die Zustimmung von über 15 Millionen wahlberechtigter deutscher Staatsbürger.

Die westlichen Besatzungsmächte setzten sich hohnlächelnd über den Willen des Volkes hinweg. Zur gleichen Zeit beschleunigten die Westmächte die Bildung des westdeutschen Separatstaates unter Ausnutzung eines betrügerischen Wahlmanövers. Wenn die Besatzungsmächte und ihre deutschen Lakaien, die Clique Adenauer, Kaiser und Schumacher, geglaubt hatten, mit dem Betrugsmanöver der Bildung eines Separatstaates der nationalen Bewegung für Einheit und gerechten Frieden den Boden entziehen zu können, so befanden sie sich in einem großen Irrtum. Fast alle Schichten in Westdeutschland waren über den von der Adenauer-Clique eingeschlagenen politischen und wirtschaftlichen Kurs empört. Dieser Kurs löst in den breitesten Volksschichten Opposition und Widerstand aus.

Die unter sozialdemokratischer Führung stehenden westdeutschen Gewerkschaften errechneten eine Preiserhöhung seit dem Frühjahr dieses Jahres um mindestens 22 Prozent. Das ist natürlich eine sehr niedrige Einschätzung.

Die westdeutschen Gewerkschaften sahen sich auf Grund der gewaltigen Empörung ihrer Mitglieder gezwungen, Lohnforderungen zu stellen. Die Arbeiter beschlossen in der Regel mit mehr als 90 Prozent der Belegschaften zu streiken, falls die Unternehmer die Lohnerhöhung ablehnen sollten. So kam es Anfang Oktober zu dem Streik der Arbeiter und Angestellten der staatlichen Binnenschifffahrt. Tagelang ruhte der Verkehr auf fast allen westdeutschen Schifffahrtswegen. Der Streik endete

mit einem Kompromiß. Gleichzeitig flammten neue Streiks in den verschiedensten Gebieten Westdeutschlands auf. So streikten Ende Oktober die Klempner in Braunschweig, Hannover und Augsburg, Brauereiarbeiter in Regensburg, 1100 Arbeiter des Motorradwerkes Viktoria in Nürnberg. In einer großen Anzahl von Betrieben werden Warnstreiks durchgeführt. So in den Siemens-Schuckert-Werken in Nürnberg, von den 2000 Arbeitern der Maggi-Werke in Siegen, von den Stauern in Bremen.

Auf Geheiß der amerikanischen Kriegstreiber führt die Bonner Marionettenregierung ein umfangreiches Programm der Remilitarisierung durch. Adenauer als sogenannter Bundeskanzler bestellte sich bereits als militärischen Sachverständigen den Grafen von Schwerin, einen ehemaligen General in der Armee Hitlers. Während in der englisch-amerikanischen Besatzungspresse und in der Parteipresse der Bonner Koalition, aber auch in den Blättern der Sozialdemokratischen Partei, die sich als Oppositionspartei im Bonner Spalterparlament aufspielt, für das Programm der Remilitarisierung und Wiederaufrüstung stärkste Propaganda entfaltet wird, lehnt das Volk dieses Programm mit aller Entschiedenheit ab. Es ist sehr bezeichnend für die westdeutschen Verhältnisse, daß die evangelische Kirche gegen die Remilitarisierung Stellung nehmen mußte. Der in Deutschland bekannte Pastor Niemöller richtete einen offenen Brief an Adenauer, in dem er ihn beschuldigte, hinter dem Rücken und gegen den Willen des deutschen Volkes die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Westdeutschlands durchzuführen. Dieser Brief Niemöllers wird weit verbreitet. Viele jugendliche Anhänger der evangelischen Kirche lehnen die Remilitarisierung ab.

Häufig veröffentlichen die bürgerlichen Zeitungen Leserbriefe, aber auch Artikel und Kommentare gegen die Politik der Vorbereitung des Krieges durch die USA und die westdeutsche „Regierung“. So schreibt die bürgerliche Zeitung „Aachener Nachrichten“ in ihrer Ausgabe vom 7. September 1950: „Man spricht von einer antibolschewistischen Front und meint den dritten Weltkrieg, für den man deutsches Potential benötigt.“

Die Zahl dieser Äußerungen aus der westdeutschen bürgerlichen Presse könnte beliebig vermehrt werden. Sie ist nur ein

schwacher Ausdruck der großen Erregung des Volkes gegen die drohende Kriegsgefahr und der sichtbaren Welle des Widerstandes, den USA-Herren als Kanonenfutter zu dienen.

III

Die westdeutschen Friedenskämpfer begnügen sich schon nicht mehr damit, nur die in ganz Deutschland populäre Losung „Ami, go home!“ zu propagieren. Es gibt auch eine große Zahl von Aktionen wirklichen Widerstandes gegen den Versuch, Deutsche in die Söldnerarmeen des amerikanischen Imperialismus zu pressen. Mannschaften der sogenannten Arbeitskompanien weigern sich, der amerikanischen Industriepolizei beizutreten, die ausgesprochen militärischen Charakter trägt. Die Männer erklären, lieber stempeln zu gehen als auf amerikanischen Befehl gegen ihre deutschen Landsleute zu schießen.

Der Widerstand zeigt sich jetzt auch bei der Beschlagnahme von Wohnraum und ehemaligen deutschen Kasernen für die zusätzlichen westlichen Besatzungstruppen.

Es gibt auch in Kreisen der Bourgeoisie ernste Besorgnis über die weitere politische Entwicklung Westdeutschlands. Besonders stark machte sich das in den Kreisen jener Teile der deutschen Wirtschaft bemerkbar, die seit Jahrzehnten Handel mit dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern geführt haben. Diese Kreise sehen, daß der Handel mit diesen Ländern große Entwicklungsmöglichkeiten bietet, während die Exportmöglichkeiten nach England, Frankreich und den USA immer unsicherer werden.

So zeigt sich also, daß in allen Schichten des deutschen Volkes der Wille zur Erhaltung des Friedens, die Ablehnung der Remilitarisierung und der Aufrüstung, der Wunsch zur Wiederherstellung der nationalen Einheit bei gleichzeitiger Beendigung der Besetzung Deutschlands durch einen gerechten Friedensvertrag immer stärker in Erscheinung tritt. Die entscheidende Frage für die Friedenskräfte und für die nationalbewußten Menschen in Westdeutschland ist, ob es ihnen gelingen wird, alle diese verschiedenen Bewegungen zur Verteidigung des Friedens und für

die Einheit Deutschlands in eine große nationale Bewegung münden zu lassen.

Das ist für ganz Deutschland die Grundfrage und für den Westen die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie muß begreifen, daß es von ihrer Initiative, von ihrer Kraft, von ihrem Einfluß unter den Massen abhängt, ob dem deutschen Volk der Frieden erhalten bleibt und die nationale Einheit wieder errungen werden kann. Für den Kampf des deutschen Volkes um Frieden und Einheit trifft vollinhaltlich der Grundsatz Stalins zu:

„Die Stärke der nationalen Bewegung wird durch den Grad bedingt, in dem die breiten Schichten der Nation — das Proletariat und die Bauernschaft — an ihr beteiligt sind.“

Vor den Kommunisten steht das Problem, alle Hemmnisse in der nationalen und in der Friedensfrage zu überwinden und mit allen jenen Gruppen in Kontakt zu kommen, die, ganz gleich aus welchen Gründen, heute für Frieden und Einheit zu kämpfen gewillt sind. Dabei müssen die Kommunisten erkennen, daß die Schaffung der Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern die wichtigste Voraussetzung ist. Die rechten sozialdemokratischen Führer müssen daran gehindert werden, die Arbeiterklasse vom Kampfe gegen die verbrecherische Kriegspolitik des Imperialismus abzulenken.

Die Friedenskräfte in der Deutschen Demokratischen Republik gaben durch ihre Wahl am 15. Oktober 1950 ein historisches, bedeutungsvolles Bekenntnis für den Frieden, den demokratischen Aufbau und für die Einheit unserer Nation ab. Die von der Sozialistischen Einheitspartei angewandte Politik der Zusammenarbeit mit allen demokratischen, friedliebenden Menschen, mit allen nationalbewußten Kräften fand in der Wahl der gemeinsamen Listen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland eine glanzvolle Bestätigung. Der Wahl ging eine breite Massenbewegung voran. In Tausenden Versammlungen in Betrieben, Häusern, Dörfern, MAS wurden die Wähler mit dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bekannt gemacht. Sie gaben bereits vor der Wahl durch gemeinsame Unterschriften ihre Zustimmung zu dem Programm und zur

Wahl der Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Der Wahltag wurde zu einem Volksfest, zum freudigen Bekenntnis für die Deutsche Demokratische Republik, für die Regierung und für das Programm des friedlichen, demokratischen Aufbaus.

Der 15. Oktober wurde zu einem Triumph des Volkes, zu einem Tag der Festigung der demokratischen Ordnung, zu einem Tag des Gelöbnisses für die Einheit unserer Nation und für die Freundschaft mit den friedliebenden Völkern.

IV.

Mit großer Genugtuung begrüßten die friedliebenden, demokratischen Kräfte in Deutschland die Ergebnisse der Prager Beratung der Außenminister der UdSSR, Albanien, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik.

Das deutsche Volk dankt der Regierung der UdSSR für die Initiative bei der Einberufung der Beratung, deren Beschlüsse eine große Hilfe im Kampf für die Erhaltung des Friedens und für die Einheit der deutschen Nation darstellen. Während die Außenminister der USA, Englands und Frankreichs in den Beschlüssen der New-Yorker Konferenz vom 19. September 1950 ausdrücklich den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen ablehnten, schlägt die Prager Beratung vor, unverzüglich mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen und die Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen wiederherzustellen. Während die imperialistischen Außenminister über den Kopf des deutschen Volkes hinweg und gegen seinen ausdrücklichen Willen die Zahl der Besatzungstruppen erhöhen, Deutsche in eine Söldnerarmee hineinpressen wollen, schlägt die Prager Beratung die Ablehnung der Remilitarisierung und jeden Versuch einer Einbeziehung Deutschlands in irgendwelche Aggressionspläne vor.

Die Prager Beratung hat ferner mit dem Vorschlag zur Bildung eines paritätischen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates den

unmittelbaren nächsten Schritt für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gewiesen. Auch der Vorschlag, unter bestimmten Umständen eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes herbeizuführen, wird ein großes Echo in allen Schichten der Bevölkerung auslösen.

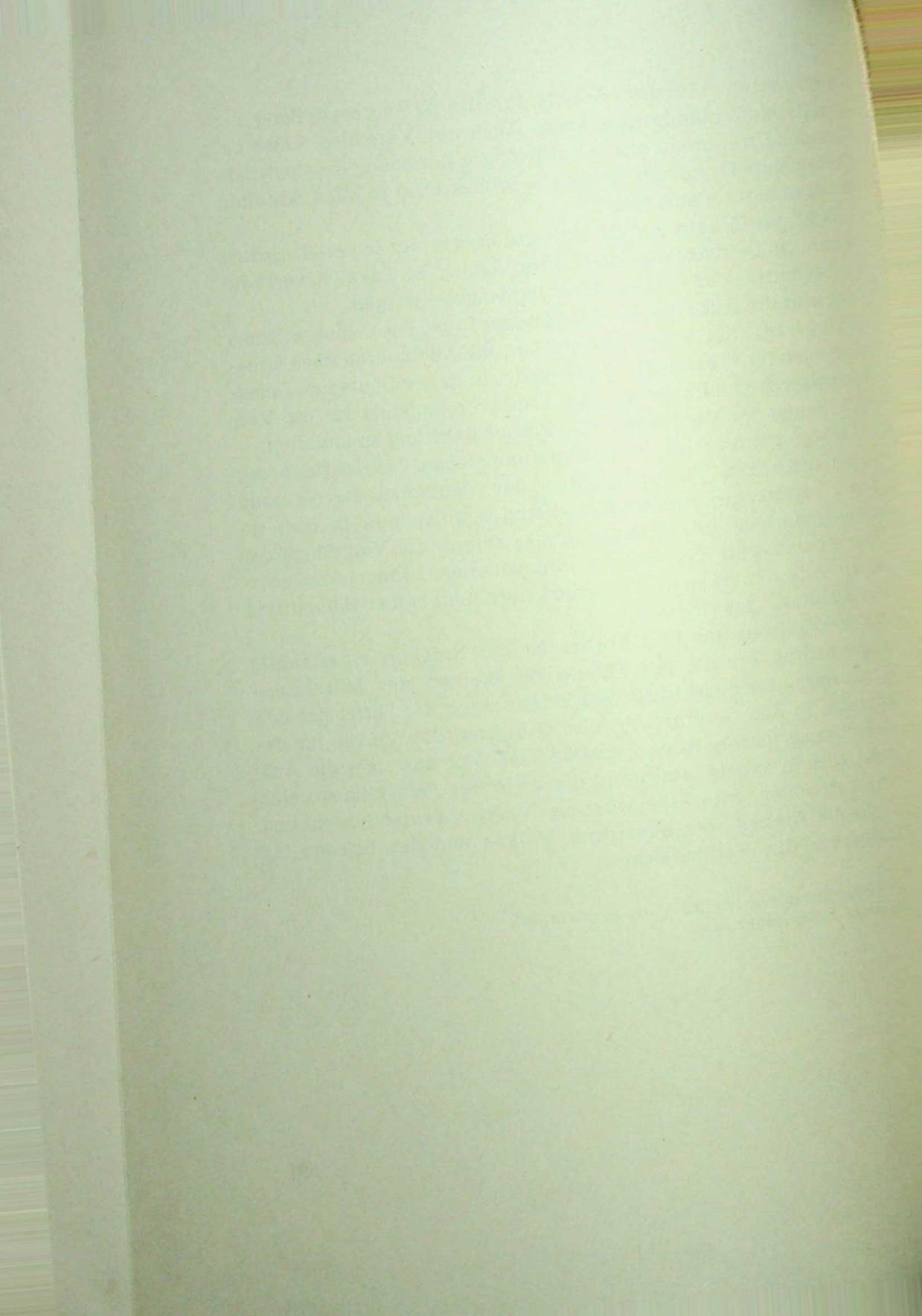
Es ist gewiß kein Zufall, daß die Presse der imperialistischen Mächte in Deutschland und ihrer deutschen Lakaien versucht, die Beschlüsse der Prager Beratung totzuschweigen.

Es wird die Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, aller Friedenskomitees, aller demokratischen Organisationen im Westen Deutschlands wie in der Deutschen Demokratischen Republik sein, eine breite Propaganda für die Verwirklichung der Vorschläge der Prager Beratung zu entfalten.

Im Mittelpunkt wird die Feststellung stehen, daß das Diktat der imperialistischen Außenminister der deutschen Bevölkerung heute bereits die Kosten des Krieges aufzwingt, in dem sie morgen sterben soll. Demgegenüber zeigen die Vorschläge der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder dem deutschen Volk den Weg zur Wiederherstellung seiner Einheit und zur Erhaltung des Friedens.

Der Wahlsieg am 15. Oktober ist das Ergebnis einer richtig angewandten Politik auf Grund der Lehren des Marxismus-Leninismus, der geschichtlichen Erfahrungen der Partei der Bolschewiki in der Gewinnung aller Schichten des Volkes für das gemeinsame nationale und soziale Ziel. Vor uns steht die Aufgabe, auch in Westdeutschland diese richtige Politik im sozialen und nationalen Interesse unseres Volkes durchzuführen und damit die Einheit des deutschen Volkes und den Frieden für Europa und die Welt zu sichern.

*„Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“,
Bukarest, 3. November 1950.*



BIOGRAPHISCHE DATEN



1945

12. Juni In der ersten Nummer der „Deutschen Volkszeitung“ erscheint in Berlin ein Artikel von Wilhelm Pieck über „Feste Einheit der demokratischen Kräfte“.
1. Juli Wilhelm Pieck kehrt im Flugzeug nach Deutschland zurück.
3. Juli Wilhelm Pieck nimmt an der Kulturbundkundgebung im Rundfunkhaus teil. Erste Rundfahrt durch das zerstörte Berlin.
5. Juli Die „Deutsche Volkszeitung“ veröffentlicht einen Artikel „Wilhelm Pieck 50 Jahre in der Partei“.
14. Juli Wilhelm Pieck unterschreibt den Aufruf der vier Parteien (Kommunistische Partei, Sozialdemokratische Partei, Liberal-Demokratische Partei, Christlich-Demokratische Union) zur Bildung der einheitlichen Front der antifaschistisch-demokratischen Parteien und wird Mitglied des Ausschusses.
14. Juli Wilhelm Pieck nimmt an der ersten Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien teil.
19. Juli Erste öffentliche Rede von Wilhelm Pieck nach zwölf Jahren in Berlin-Neukölln (Neue Welt) auf einer Kundgebung der Kommunistischen Partei, auf der auch Otto Grotewohl im Namen der Sozialdemokratischen Partei spricht.
2. September Wilhelm Pieck spricht auf einer Bauernkundgebung in Kyritz (Brandenburg) zur Enteignung des Junkerlandes und Überführung desselben in die Hände der Bauern und Landarbeiter. (Bodenreform-Verordnung.)
2. Dezember Anlässlich der Kundgebung zum 125. Geburtstag Friedrich Engels' hält Wilhelm Pieck die Eröffnungsansprache.

1946

- 3. Januar* Zum 70. Geburtstag wird Wilhelm Pieck Ehrenbürger der Stadt Berlin.
- 15. Januar* Wilhelm Pieck nimmt an der ersten Sitzung der Studienkommission der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei zur Vorbereitung der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien teil.
- 19. Januar bis 19. April* In 16 Versammlungen spricht Wilhelm Pieck zu den deutschen Sozialisten für die Vereinigung der Arbeiterparteien.
- 3. Februar* Die erste Kulturtagung der KPD wird in Berlin von Wilhelm Pieck eröffnet.
- 26. Februar* Wilhelm Pieck wird Ehrenbürger von Hoyerswerda.
- 17. März* Wilhelm Pieck wird Ehrenbürger der Lutherstadt Eisenach.
- 19. April* Auf dem XV. Parteitag der KPD in Berlin spricht Wilhelm Pieck über die Vereinigung.
- 21./22. April* Auf dem Vereinigungsparteitag der KPD und SPD wird Wilhelm Pieck zusammen mit Otto Grotewohl zu den Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewählt.
- 5. Mai* Wilhelm Pieck wird Ehrenbürger seiner Vaterstadt Guben.
- 8. Mai* Die erste Leipziger Messe nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus wird von Wilhelm Pieck eröffnet.
- 20. Juni* Wilhelm Pieck spricht in Westdeutschland in der britischen Besatzungszone in großen Kundgebungen über das Thema „Warum ein einiges Deutschland?“
- 28. Juni* Wilhelm Pieck spricht in Plauen zum Volksentscheid über die Enteignung der Nazikriegsverbrecher und die Übergabe ihrer Unternehmen in die Hände des Volkes. Die Stadt Plauen wählt Wilhelm Pieck zu ihrem Ehrenbürger.
- 27. Juli* Teilnahme am Begräbnis von Gerhart Hauptmann auf der Insel Hiddensee.

10. August Wilhelm Pieck begrüßt 10 000 heimkehrende Kriegsgefangene aus der Sowjetunion in Frankfurt an der Oder.
11. August bis 14. Sept. In 24 Versammlungen spricht Wilhelm Pieck zu den Gemeindewahlen. Die Stadt Kamenz wählt ihn am 30. August und die Stadt Ballenstedt am 3. September zu ihrem Ehrenbürger.
- 1.—19. Oktober Wilhelm Pieck spricht in 26 Versammlungen zu den Kreis- und Landtagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone.
20. Oktober Wilhelm Pieck wird in den Landtag des Landes Brandenburg gewählt.

1947

7. März In großen Kundgebungen spricht Wilhelm Pieck in Westdeutschland in der amerikanischen Besatzungszone über die Einheit Deutschlands.
23. Mai Wilhelm Pieck nimmt am II. Jugendparlament in Meißen teil.
2. Juli Martin Andersen Nexö besucht Wilhelm Pieck.
- 20.—24. Sept. II. Parteitag der SED in Berlin.
Wilhelm Pieck gibt den Bericht des Parteivorstandes.
2. Oktober Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl veröffentlichen im Auftrage des Parteivorstandes einen Aufruf an die Saarbevölkerung gegen die Lostrennung des Saargebietes von Deutschland.
21. Oktober Auf der 2. Zentralen Delegiertenkonferenz der Industriegewerkschaft Holz in Erfurt hält Wilhelm Pieck die Begrüßungsansprache.
22. November Die Gründungskonferenz der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ wird von Wilhelm Pieck begrüßt.
6. Dezember Unter Vorsitz von Wilhelm Pieck findet der 1. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden in Berlin statt.
7. Dezember Wilhelm Pieck wird Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses.

1948

3. Januar Anlässlich des 72. Geburtstages von Wilhelm Pieck erscheint ein Band ausgewählter Reden und Aufsätze.
17. März Unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck findet in Berlin der 2. Deutsche Volkskongreß statt, der die Bildung des Deutschen Volksrats beschließt.
18. März Wilhelm Pieck wird Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Volksrats.
23. Mai
bis 13. Juni In Kundgebungen des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien spricht Wilhelm Pieck zum Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands.
12. Juni Auf dem Vereinigungsparteitag der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zur Partei der Ungarischen Werktätigen hält Wilhelm Pieck eine Begrüßungsrede.
20. Juni Es erscheint die Broschüre „Clara Zetkin“ von Wilhelm Pieck.
11. Oktober Die Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“ veröffentlicht einen Artikel von Wilhelm Pieck über „Die neofaschistische Gefahr in Westdeutschland“.
30. Dezember Es erscheint die Broschüre von Wilhelm Pieck „Zur Geschichte der KPD — 30 Jahre Kampf“.

1949

25. Januar Auf der I. Parteikonferenz der SED in Berlin spricht Wilhelm Pieck über „Der Kampf um den Frieden und gegen Kriegshetze“.
28. Februar Der Zweijahreskursus auf der Parteihochschule „Karl Marx“ der SED wird von Wilhelm Pieck eröffnet.
17. März Wilhelm Pieck hält einen Schulungsvortrag über „Einige Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse (1900—1948)“ vor Gewerkschaftlern.
25. Mai Dem IX. Parteitag der KP der Tschechoslowakei in Prag überbringt Wilhelm Pieck die Grüße der SED.
29. Mai Auf dem 3. Deutschen Volkskongreß hält Wilhelm Pieck die Eröffnungsansprache.

9. Juli Wilhelm Pieck nimmt an der Beisetzung von Georgi Dimitroff, mit dem er im Mai das letztmal zusammengetroffen war, in Sofia teil.
24. August Auf dem Pädagogischen Kongreß in Leipzig überreicht Wilhelm Pieck das Ehrenzeichen „Verdienter Lehrer des Volkes“.
25. August Wilhelm Pieck überreicht im Auftrage der Deutschen Wirtschaftskommission in Weimar die Nationalpreise auf dem Gebiete der Literatur und Kunst sowie für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten und wichtige technische Erfindungen im Jahre 1949.
1. September Auf dem Nationalkongreß polnischer Widerstandsgruppen in Warschau hält Wilhelm Pieck eine Ansprache.
7. Oktober Auf der 9. und letzten Tagung des Deutschen Volksrats spricht Wilhelm Pieck zur Umbildung des Volksrats in die Provisorische Volkskammer.
7. Oktober In der Konstituierenden Sitzung der Provisorischen Volkskammer, deren Mitglied Wilhelm Pieck ist, wird die Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, die Verfassung in Kraft gesetzt und Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten ernannt.
11. Oktober Die gemeinsame Tagung der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer wählt Wilhelm Pieck zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik.
12. Oktober Präsident Wilhelm Pieck vereidigt die neue Regierung.
13. Oktober J. W. Stalin sendet eine Botschaft an den Präsidenten Wilhelm Pieck und Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.
14. Oktober Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend wählt Wilhelm Pieck zum Ehrenpräsidenten.
20. Oktober Das Präsidium der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wählt Wilhelm Pieck zum Ehrenpräsidenten.
4. November Botschafter Puschkin, Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR bei der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, überreicht dem Präsidenten Wilhelm Pieck sein Beglaubigungsschreiben.

18. November bis 9. Dezember Präsident Wilhelm Pieck fährt durch die Republik und besucht die Städte Halle, Weimar, Dresden, Schwerin, Potsdam, besichtigt das Walzwerk Hettstedt, die Zeiß-Werke, das Goethehaus in Weimar, die Technische Hochschule in Dresden, das Neubauerndorf Brüsewitz, die Stralsunder Werft, die Traktorenwerke in Brandenburg.
14. Dezember Außenminister der UdSSR Wyschinski besucht den Präsidenten Wilhelm Pieck.
20. Dezember Wilhelm Pieck hält als Vorsitzender der SED eine Rede anlässlich des 70. Geburtstages von J. W. Stalin.

1950

3. Januar Anlässlich des 74. Geburtstages von Wilhelm Pieck findet eine feierliche Sitzung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien statt.
6. Januar Wilhelm Pieck überreicht die ihm vom Bundesvorstand des FDGB zum Geburtstag gestifteten 150 000 Mark einer Delegation Junger Pioniere zur Errichtung eines zentralen Ferienlagers in Thüringen.
13. Januar In seinem Amtssitz empfängt Präsident Wilhelm Pieck Vertreter des Weltkirchenrates.
18. Januar Außerordentlicher Gesandter und Minister Haydu der Volksrepublik Ungarn überreicht dem Präsidenten Pieck sein Beglaubigungsschreiben.
28. Januar Präsident Pieck verleiht hervorragenden Ärzten und medizinischen Wissenschaftlern den Ehrentitel „Verdienter Arzt des Volkes“.
30. Januar Die Nationalpreisträger des Jahres 1949 werden vom Präsidenten Wilhelm Pieck in seinem Amtssitz empfangen.
20. Februar Botschafter Izydorczyk, Chef der Diplomatischen Mission der Regierung der Republik Polen, überreicht dem Präsidenten Wilhelm Pieck sein Beglaubigungsschreiben.
9. März Anlässlich des 60. Geburtstages von W. M. Molotow findet in Berlin ein feierlicher Staatsakt statt, bei dem Präsident Wilhelm Pieck das Referat hält.

10. März Prof. Dr. Balanescu, Chef der Diplomatischen Mission der Volksrepublik Rumänien, überreicht dem Präsidenten Wilhelm Pieck sein Beglaubigungsschreiben.
14. März Auf der 25. Tagung des Parteivorstandes der SED hält Wilhelm Pieck zum Tod von Heinrich Mann eine Gedächtnisrede.
18. März Die ersten mit dem Stalinpreis ausgezeichneten Ausländer sind vier Deutsche, die vom Präsidenten Wilhelm Pieck empfangen werden.
22. März Wilhelm Pieck hält anlässlich der Überführung der Urne des 1925 verstorbenen Julian Marchlewski (Karski) nach Warschau beim Abschied der Delegation eine Ansprache.
24. März Festansprache des Präsidenten Wilhelm Pieck bei der Urkundenüberreichung an die Mitglieder der wiedererrichteten Deutschen Akademie der Künste.
28. April In der Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volkdemokratie!“ erscheint ein Artikel von Wilhelm Pieck über „60 Jahre nach der ersten Maifeier in Deutschland“.
28. Mai Beim Deutschlandtreffen der Jugend im Berliner Lustgarten hält Wilhelm Pieck eine Ansprache.
30. Mai Empfang der ausländischen Gäste vom Exekutivkomitee des Weltbundes der Demokratischen Jugend und Delegationen vom Deutschlandtreffen durch den Präsidenten Wilhelm Pieck.
7. Juni Die aus Warschau zurückgekehrte deutsche Regierungsdelegation berichtet dem Präsidenten Wilhelm Pieck über erfolgreiche Wirtschaftsverhandlungen mit der Polnischen Volksrepublik.
16. Juni Das „Thüringer Kunstfaserwerk“ in Schwarzta erhalt den Namen „Wilhelm Pieck“.
18. Juni Es erscheint die Broschüre von Wilhelm Pieck „Vor einer neuen Entscheidung an Rhein und Ruhr“.
26. Juni Bericht vor dem Präsidenten Wilhelm Pieck der aus Ungarn und der Tschechoslowakei zurückgekehrten deutschen Regierungsdelegation über Wirtschaftsabkommen.

- 1. Juli* Zum 55. Parteijubiläum gehen Wilhelm Pieck viele Begrüßungen und Gratulationen zu.
- 6. Juli* Anlässlich des 2. Deutschen Schriftstellerkongresses empfängt Präsident Wilhelm Pieck die ausländischen Delegierten.
- 7. Juli* Ministerpräsident Otto Grotewohl erstattet dem Präsidenten Wilhelm Pieck Bericht über die Unterzeichnung des Abkommens mit der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze.
- 9. Juli* Beim großen Treffen der sorbischen Bevölkerung in Bautzen hält Präsident Wilhelm Pieck eine Ansprache.
- 11. Juli* „Jeder wahre Wissenschaftler — ein Verteidiger des Friedens“ ist der Inhalt der Rede des Präsidenten Wilhelm Pieck anlässlich der 250-Jahr-Feier der Deutschen Akademie der Wissenschaften.
- 17. Juli* Der bulgarische Bevollmächtigte Minister Kostoff überreicht dem Präsidenten Wilhelm Pieck sein Beglaubigungsschreiben.
- 20.—24. Juli* III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin.
Wilhelm Pieck gibt den Rechenschaftsbericht an den III. Parteitag der SED.
- 24. Juli* Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl werden zu Vorsitzenden der SED gewählt.
- 28. Juli* Als Ehrenpräsident der nationalen Bach-Feier in Leipzig hält Präsident Wilhelm Pieck eine Ansprache „Ehren wir Bach, indem wir seinem Werk den Frieden erhalten“.
- 4. August* Aufruf des Präsidenten Wilhelm Pieck zum neuen Schuljahr.
- 10. August* In Anwesenheit des Präsidenten Wilhelm Pieck übergibt der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik den Entwurf des Fünfjahrplans.
- 25. August* I. Deutscher Nationalkongreß in Berlin. Referat von Wilhelm Pieck über „Kampf um Frieden, Einheit und wirtschaftlichen Aufstieg“.

29. August Wilhelm Pieck spricht über „Das Handwerk und der Fünfjahrplan“ auf der Handwerkertagung in Leipzig.
6. September In 15 Kundgebungen spricht Wilhelm Pieck zu den bis 11. Oktober Oktoberwahlen.
15. September Anlässlich des gesamtdeutschen Bauerntreffens in Leipzig spricht Präsident Wilhelm Pieck über „Arbeiter und Bauern wurden Freunde“.
21. September Der Dreher Martin Raabe führt dem Präsidenten Wilhelm Pieck im Kombinat Espenhain sein Schnelldrehverfahren vor.
26. September Die aus Rumänien und Bulgarien zurückgekehrte Regierungsdelegation berichtet dem Präsidenten Wilhelm Pieck über die Beratungen und getroffenen Vereinbarungen.
7. Oktober Am 1. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nimmt Präsident Wilhelm Pieck die Verleihung der Nationalpreise für das Jahr 1950 vor.
12. Oktober Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Botschafter der Volksrepublik China, General Tschu Peng-fei, der ihm sein Beglaubigungsschreiben überreicht.
13. Oktober Am „Tag der Aktivisten“ verleiht Präsident Wilhelm Pieck den Ehrentitel „Held der Arbeit“.
4. November Am 1. Kongreß der deutschen Friedenskämpfer in Berlin nimmt Präsident Wilhelm Pieck teil.
8. November Das gewählte Präsidium der Volkskammer stellt sich dem Präsidenten Wilhelm Pieck vor.
14. November Der neue rumänische Gesandte Ichim Rusu überreicht Präsident Wilhelm Pieck sein Beglaubigungsschreiben.
15. November Präsident Wilhelm Pieck vereidigt die neue Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Reden und Schriften Wilhelm Piecks, die als Einzelausgaben nach 1945 erschienen sind

- Wilhelm Pieck*, „Unsere kulturpolitische Sendung“, Reden auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946, Verlag Neuer Weg, Berlin 1946. 48 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Die SED und der Aufbau Deutschlands“, Grundlegende Referate von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf dem Vereinigungsparteitag der SED vom 20. bis 22. April 1946, Dietz Verlag, Berlin 1946. 64 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe für den Sturz der Hitlerdiktatur“, Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935, Dietz Verlag 1947, Nachdruck. 196 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Clara Zetkin — Leben und Kampf“, Dietz Verlag, Berlin 1948, Nachdruck. 48 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, 30 Jahre Kampf“, Dietz Verlag, Berlin 1949, Nachdruck. 70 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Gegen die Kriegshetze! Für Einheit und Frieden!“, Referat und Schlußansprache auf der Ersten Parteikonferenz der SED, Berlin, 25. bis 28. Januar 1949, Dietz Verlag, Berlin 1949. 64 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“, Rechenschaftsbericht an den III. Parteitag der SED, Berlin, 20. bis 24. Juli 1950, Dietz Verlag, Berlin 1950. 112 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Kampf um Frieden, Einheit und wirtschaftlichen Aufstieg“, Rede des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, auf dem Nationalkongreß, Verlag Nationale Front, Berlin 1950. 32 Seiten.

INHALT

JUNI 1945 BIS NOVEMBER 1950

Feste Einheit der demokratischen Kräfte (12. VI. 1945)	7
Die demokratische Bodenreform / Deutschlands Aufbauproblem / Die Kraft der demokratischen Einheit (19. IX. 1945)	11
Um die Einheit der deutschen Nation (1. II. 1946)	28
Um die Erneuerung der deutschen Kultur (3. II. 1946)	34
Der deutsche Imperialismus / Die Lehren aus seiner Entwicklung (VII. 1946)	56
Arbeiterbewegung und Jugend (30. VII. 1946)	68
Zwei Revolutionen — zwei Ergebnisse (XI. 1946)	88
Einige Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Ende 1946)	100
Der Sinn der Entnazifizierung (21. II. 1947)	123
Zwei Jahre Blockpolitik (12. VII. 1947)	128
Arbeiter, Bauern, Handwerker! Schafft gemeinsam die demokratische Ordnung! (22. VIII. 1947)	134
Die Bedeutung des II. Parteitages der SED (IX. 1947)	137
Die siegreiche Partei (6. XI. 1947)	149
Lenin und der Marxismus (22. I. 1948)	155
Das Vaterland ist in Gefahr (13. VI. 1948)	160
Der Ausweg aus der Not (6. VII. 1948)	171
Die Lehren aus der Entartung der jugoslawischen Parteiführung (22. VIII. 1948)	176
Frieden und Verständigung (1. IX. 1948)	180
Eine Anleitung zum Handeln (1. X. 1948)	187
Die ideologische Festigung der Partei (15. X. 1948)	190
Kampf um Deutschlands Einheit (24. X. 1948)	195
Die Sowjetunion als Besatzungsmacht (7. XI. 1948)	198
Über die Politik der SED (30. XII. 1948)	204
Gegen die Kriegshetzer — für den Frieden (7. III. 1949)	207

Lehren der Parteikonferenz (III. 1949)	216
Telegramm an den Jungaktivistenkongreß (2. IV. 1949)	231
Völker entscheiden — nicht Staatsmänner (17. IV. 1949)	232
Die welthistorische Bedeutung des Leninismus (26. IV. 1949)	239
Appell an die Jugend (5. VI. 1949)	243
Die Nationale Front (23. VII. 1949)	251
Die KPD — die Partei der nationalen Einigung (4. VIII. 1949)	261
Im Kampf für den Frieden (11. VIII. 1949)	267
Wer hilft den Umsiedlern? (12. VIII. 1949)	274
Verdiente Lehrer des Volkes (26. VIII. 1949)	284
Der neue Geist des Friedens (3. IX. 1949)	289
An der Wende der deutschen Geschichte (11. X. 1949)	295
Glückwünsche an J. W. Stalin (16. XII. 1949)	304
Stalin und die deutsche Arbeiterbewegung (1949)	307
Landjugend zu hohen Leistungen fähig (16. XII. 1949)	330
Mit frischer Kraft zu neuen Erfolgen! (1. I. 1950)	331
Aktuelle Ratschläge Lenins für den Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr (22. I. 1950)	336
Neue Aufgaben für die Wissenschaft (30. I. 1950)	344
Wovon die Massen überzeugt werden müssen (9. II. 1950)	350
Molotows Kampf für Deutschlands Einheit (9. III. 1950)	357
Ein unermüdlicher Kämpfer für den Fortschritt (14. III. 1950)	368
Freundschaft (28. V. 1950)	371
Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (18. VI. 1950)	377
Feste Freundschaft zwischen Sorben und Deutschen (9. VII. 1950) ..	383
Wie wir den Kampf um den Frieden führen müssen (16. VII. 1950) ..	393
Vom II. zum III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (21. VII. 1950)	400
Ehren wir Bach, indem wir seinem Werk den Frieden erhalten (28. VII. 1950)	417
Stahl ist Brot, und mehr Stahl gibt mehr Brot (17. VIII. 1950)	424
Seid bereit! (19. VIII. 1950)	444
Kampf um Frieden, Einheit und wirtschaftlichen Aufstieg (26. VIII. 1950)	451
Das Handwerk und der Fünfjahrplan (29. VIII. 1950)	495

Ruhm und Ehre für den Bergmann (4. IX. 1950)	524
An die schaffenden Bauern (15. IX. 1950)	532
Handschriften zur Eröffnung der Hochschule für Planökonomie (5. X. 1950)	550
Zur Oder-Neiße-Grenze (5. X. 1950)	552
Botschaft des Präsidenten zum 7. Oktober (7. X. 1950)	556
Die geschichtliche Bedeutung der Gründung der Deutschen Demo- kratischen Republik (X. 1950)	562
Brief an alle Mitglieder anlässlich des Beginns des Parteilehrjahres (31. X. 1950)	577
Die Bedeutung der Lehren der Oktoberrevolution für den Kampf des deutschen Volkes um den Frieden, um die Einheit Deutsch- lands (3. XI. 1950)	580
BIOGRAPHISCHE DATEN	593
Reden und Schriften Wilhelm Piecks, die als Einzelausgaben nach 1945 erschienen sind	605

